

# revista

linke zeitung für politik und kultur aus cello

ausgabe  
nummer **32**

Oktober / November 2006



Linke haben einen Sitz  
im Stadtrat und Kreistag

Interkulturelle Woche 2006  
Veranstaltungen in Cello

Arm trotz Arbeit?

Ulla Jelkpe im Bunten Haus  
WM - Ein Feldversuch zum  
Grundrechtsabbau

Lokales - Meldungen

Kirche für Spaghettimonster

Kritische Anmerkungen zur  
Privatisierungsdiskussion

Zum 100. Todestag  
von John Most

# Inhalt

Linke haben einen Sitz im Stadtrat und Kreistag ECE-Gegner legen zu . . . . .	Seite 03
Interview mit Andreas Hauptmeyer . . . . .	Seite 05
Interview mit dem Mitorganisator Harald Ruttkowski Bürgerbegehren gegen ECE . . . . .	Seite 06
Forsmark - Brunsbüttel - Gorleben Es reicht! . . . . .	Seite 07
Interkulturelle Woche 2006 Veranstaltungen in Celle . . . . .	Seite 07
Arm trotz Arbeit? . . . . .	Seite 08
Ulla Jelkpe im Bunten Haus WM - Ein Feldversuch zum Grundrechtsabbau.. . . . .	Seite 09
Wie wird eine Schule Landesmodellschule? . . . . .	Seite 10
Nur eine Glosse . . . . .	Seite 10
Lokales - Meldungen . . . . .	Seite 12
... neulich im Kapitalismus, Verdrängt- vergessen-erinnert . . . . .	Seite 13
Kirche für Spaghettimonster . . . . .	Seite 13
Kritische Anmerkungen zur Privatisierungsdiskussion . . . . .	Seite 14
Literatur Das niedersächsische Bandkompendium . . . . .	Seite 17
Zum 100. Todestag von John Most . . . . .	Seite 18
John Most in Hermannsburg . . . . .	Seite 18
Anmerkungen zu einem Buch und einem Schulprojekt Hinrichtungen in Celle . . . . .	Seite 20
Aller-Weser-Krimi Wotan dichtet doch . . . . .	Seite 21
Buchvorstellung der RWLE Möllerstiftung . . . . .	Seite 21
Termine im Kino 8 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> . . . . .	Seite 22
Termine . . . . .	Seite 23

## Hallo, Ihr Alle!

Und wieder haben wir 24 Seiten problemlos vollbekommen - Danke für die Zuschriften.

Wir wollen ja nicht jammern, aber unsere Kontonummer steht unten auf dieser Seite, und wir freuen uns über jede kleine (gern auch größere) Spende.



Fröhliches lesen,  
eure revistaredaktion

### Liebling der Ausgabe:

1. (-) Klaus Wiswe,  
Frauerversteher mit einem Team aus  
XY-Chromosom-Trägern
2. (-) Joachim Falkenhagen,  
Ausländer - fast überall
3. (-) Gräfin Sophie von Magnis,  
endlich mal wieder Adel im  
Rat der Residenzstadt
4. (-) Heinrich Wiederhold,  
SVO-Geschäftsführer und Krokodil mit  
vielen Preiserhöhungstränen.
5. (-) Roger Scherer, Eislaufbahnfan

#### **Impressum:**

Revista, Nr.32  
Erscheinungsweise: alle 2 Monate, liegt kostenlos in  
diversen Kneipen und Läden aus, kann aber auch  
gerne gegen Portokosten abonniert werden (5 Stück  
für 5,- Euro).

Postanschrift: Revista, c/o Buntes Haus, Postfach  
1329, 29203 Celle

email: [Revista@gmx.de](mailto:Revista@gmx.de) .V.i.S.d.P.: Ralf Hübner

Konto: SKI, Sparkasse Celle, BLZ 25750001

K-Nr.: 108 099 698, Stichwort "Revista"

Beiträge, die mit Gruppennamen oder Personenkürzel  
gekennzeichnet sind, geben nicht immer die Meinung  
der Redaktion wieder!

<http://mitglied.lycos.de/Revista/>

# ECE-Gegner legen zu



Gerade mal 42 Prozent der Wahlberechtigten haben bei der Celler Stadtratswahl noch Kreuze gemacht, leider dürfte es sich bei der großen Mehrheit der Nichtwähler nicht um überzeugte Anarchisten handeln.

Für die Monopolisten der "Willensbildung" in bürgerlichen Demokratien, die politischen Parteien, könnte das mal zum Problem werden - für wen reden und handeln sie noch? Die CDU als Wahlgewinnerin vertritt gerade noch jeden sechsten Wahlberechtigten. Da sich die Parlamente ja trotzdem bilden, werfen wir einen Blick auf die einzelnen Ergebnisse.

In der Stadt schien es ja Themen zu geben: ECE, Stadtentwicklung, Migrationspolitik ... Trotzdem ist hier die Wahlbeteiligung im Vergleich zu den Landkreisgemeinden deutlich niedriger. Und es ist verblüffend, wie die CDU trotz einer miserablen Darstellung in Celle nach wie vor über 40 % einfahren kann. Die SPD konnte sich vielleicht deshalb über die 30 % retten, weil sie sich für das ECE positionierte - und FDP und Bündnisgrüne gewannen kräftig bzw. leicht dazu, weil sie klar dagegen waren. Letzteres aber einzig auf Kosten der Wählergemeinschaft, die nach internem Knatsch viel verlor und nur noch einen Sitz im Stadtrat hat.

Und einen Sitz den hat jetzt auch die Linke: Trotz eines insgesamt eher enttäuschenden Ergebnisses von 1,4 % für das Bündnis Soziale Gerechtigkeit (BSG) sitzt mit Andreas Hauptmeyer der Motor dieses Bündnisses im Stadtrat. Irritierend ist am Ergebnis des BSG vor allem, dass Hauptmeyer als WASG-Landratskandidat etwa dreimal soviel WählerInnen hatte wie das Bündnis bei den Stadtrats- und Kreistagswahlen. Hier muss sich das Bündnis fragen lassen, ob es wirklich günstig war, ein eingeführtes Label wie "Linkspartei" oder "WASG" einzutauschen gegen das vielleicht verwirrende "BSG"?

Kommunalpolitisch hat die Wahl eine Verschiebung

## Stadtrat Celle

Partei / Liste	Stimmen 2006*	in % 2006	Sitze (+/- gegenüber 2001)	Stimmen 2001*	in % 2001
CDU	28121	41,1	17 (-3)	35250	44,4
SPD	20907	30,6	13 (+/-0)	23716	29,8
FDP	8585	12,5	5 (+2)	7020	8,8
WG	2353	3,4	1 (-2)	5887	7,4
GRUENE	6101	8,9	4 (+1)	5561	7,0
REP	804	1,2	1 (+/-0)	2022	2,6
SPB	482	0,7			
BSG	963	1,4	1 (+1)		

zugunsten der Gegner eines ECE-Einkaufszentrums gegeben. So man sich mal an Wahlversprechen hält, dürfte das ECE in Celle keine Chance mehr haben. Und OB Biermann gab dann auch am Tag nach der Wahl bekannt, das Projekt nicht weiterverfolgen zu wollen.

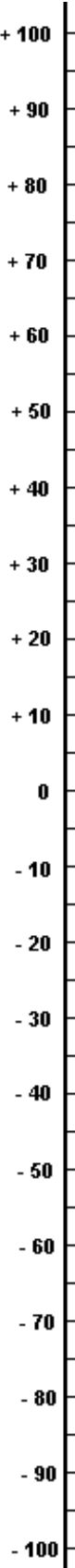
Die Diskussionen rund um das ECE dürfte bei den Sitzverschiebungen im Stadtrat die entscheidende Rolle gespielt haben. In den Altstadt-Wahlbereichen z.B. schnitten Bündnisgrüne und FDP mit über 20 % noch besser ab als sonst schon und SPD und CDU erlebten regelrechte Einbrüche. Ansonsten änderte sich kaum etwas an den traditionellen Hochburgen: Die CDU ist nach wie vor eine Größe bei den Eigenheimbesitzern in den Vororten Garßen, Groß-Hehlen, Altencelle, Westercelle, Klein-Hehlen; die SPD bei den Mietern in der Blumlage, Heese und Vorwerk. Das BSG war - wie schon die Linkspartei.PDS bei der Bundestagswahl - in den Quartieren mit sozialen Problemen stark: Heese, Neustadt, Neuenhäusen.

Apropos Parallelgesellschaft: In Boye holten CDU (57,3) und FDP (27,3) zusammen 84,6 %; die SPD als einzige Konkurrenz erhielt 15,4 %. Und die Gleichberechtigung von Mann und Frau kommt prächtig voran: Nur 13 von 42 Ratsmitgliedern sind Frauen, im alten Rat war's eine mehr - die Bündnisgrünen haben jetzt mit 50 % die beste Quote, bei der SPD sind's 5 von 13, bei der CDU 4 von 17. Ein Ratsmitglied mit Migrationshintergrund gibt es nach wie vor nicht.

Bei den REPublikanern und Köhlers Sozialpatriotischem Bündnis (SPB) kann man letztlich nur froh sein, dass die Neofaschisten mit Konkurrenz kandidaturen antraten. Die Republikaner bekamen zwar letztlich wieder einen Sitz, den weiterhin Klaus Schaa einnimmt. Insgesamt bekamen beiden Kandidaturen aber sogar zusammen weniger Stimmen und Prozente als vor fünf Jahren.

Bei der Landratswahl war eigentlich klar, dass Wiswe wiedergewählt werden würde. Obwohl er deutliche Einbußen (- 6,2 %-Punkte) gegenüber seinem Ergebnis von 1999 hatte, konnte er schon im ersten Wahlgang mit 54,3 % alles klar machen. Kirsten Lüthmann (SPD) schnitt insgesamt leicht über

den Erwartungen ab (35,2 %), während sich die Bündnisgrünen von Hans-Gerd Lennartz vielleicht mehr versprochen hatten (5,3 %). Andreas Hauptmeyer, der für die WASG kandidierte, kann mit seinen 3,1-Prozent zufrieden sein; er holte in



der Stadt mit 3,6 % (861 Stimmen) ein besseres Ergebnis als im übrigen Landkreis.

### Landratswahl

Kandidat	Stimmen	in %
Wiswe, CDU	37460	54,3
Lühmann, SPD	24323	35,2
Lennartz, GRÜNE	3682	5,3
Hauptmeyer, BSG	2148	3,1
Köhler, SPB	1423	2,1

Die Wahlbeteiligung bei der Landratswahl und der Kreistagswahl lag mit rund 48 Prozent um einiges über der Stadtratswahl; insgesamt gab es bei der Wahlbeteiligung ein Stadt-Land-Gefälle. Die Sitzverschiebungen im Kreistag sind von untergeordneter Bedeutung, die konservative CDU/FDP-Mehrheit hat ihre Stärke behauptet - was die CDU verlor, gewann die FDP. Das Bündnis Soziale Gerechtigkeit zog neu in den Kreistag ein.

### Kreistagswahl

Partei	in % 2006	Sitze 2006
CDU	44,8	26 (-2)
SPD	30,1	17 (-1)
FDP	9,9	6 (+2)
WG	5,0	3 (-1)
GRUENE	7,0	4 (+1)
REP		- (-1)
SPB	1,5	1 (+1)
BSG	1,2	1 (+1)

Die Nazis haben insgesamt eher schlechter abgeschnitten als vor fünf Jahren. Sie haben ihre Sitze im Stadtrat Celles (Klaus Schaa, REP) und im Kreistag (Wilhelm Köhler, SPB) verteidigt. Köhlers SPB hat zusätzlich im Winsener Gemeinderat bei 5,0 % zwei Sitze; im Ortsrat Meißendorf, dem Wohnort Köhlers, bekam das SPB 12,2 % - leicht weniger als 2001, aber weiter für einen Sitz gut. In Bergen verfehlte die SPB den Einzug in den Stadtrat. Bei seiner Landratskandidatur konnte Köhler vor allem auf den Westkreis setzen; in Meißendorf bekam er 16,4 %, in Walle 8,9 % und in Winsen um die 6 %. In Celle gab es für ihn eher mäßige Ergebnisse, die besten in der Heese mit rund 4,5 %.



Noch ein Blick zurück auf die Wahlbeteiligung. Es wird jetzt überall der Eindruck erweckt, es gäbe "den" politikverdrossenen Bürger, der sich insbesondere für die Probleme in seinem direkten Wohnumfeld nur wenig interessiert. Da mag sicherlich etwas dran sein. Über die Höhe der Steuergeschenke und der Stütze wird nun mal nicht im Ortsrat entschieden. Trotzdem ist die Situation komplizierter, was ein Blick auf die doch sehr unterschiedliche Wahlbeteiligung in den einzel-

nen Stadtteilen belegt. Da die Zahlen für die Ortsratswahlen am einfachsten zu ermitteln und trotzdem aussagekräftig sind, hier eine Auflistung:

Boye	67,6 %
Altenhagen	55,9 %
Klein-Hehlen	50,0 %
Garßen	50,0 %
Groß Hehlen	48,6 %
Westercelle	46,1 %
Altencelle	43,8 %
Hehlentor	43,5 %
Neuenhäusen	40,7 %
Blumlage	38,9 %
Vorwerk	37,8 %
Wietzenbruch	36,3 %
Neust./Heese	31,4 %

Was wird daran deutlich? Je besser die soziale Situation der Bevölkerung eines Stadtteils, desto höher die Wahlbeteiligung. Besitz geht wählen, Armut bleibt zu Hause (und geht aktuell auch nicht auf die Straße). Das ist ein Problem, dessen sich jede linke Alternative bewusst werden muss. Wo es in den USA wichtig zu sein scheint, dass sich die Marginalisierten für die Wahlen registrieren lassen, dürfte es in Deutschland künftig erforderlich sein, diese Milieus überhaupt zum Wählen zu bewegen, so man als linkes "Angebot" tatsächlich "erfolgreich" sein will.

### Gräfin im Rat

Die FDP sorgt dafür, dass die Residenzstadt wieder mal richtigen Adel im Rat hat. Über ihre Liste ist jetzt die Gräfin Sophie von Magnis eingezogen. Laut FDP-Homepage will sie u.a. eintreten für eine Abschaffung der Hundesteuer (denn: "Hunde sind kein Luxus") und "für eine Integration unserer ausländischen Gäste", wobei sie "ihre aktive Mitarbeit bei dieser Aufgabe" erwartet. "Gäste" - nicht schlecht. Aber ihr Ratskollege Joachim Falkenhagen erwies sich, befragt von der CZ, auch als weltoffen: "Wir sind alle Ausländer", war von ihm zu vernehmen.

### Gebärprämie

Der ehemalige "Republikaner" Lars Seidensticker hatte es verstanden, sich auf Platz 2 der Hambührener Wählergemeinschaft wählen zu lassen. Als es zu spät war, schien der Freien Wählergemeinschaft ein Licht aufzugehen und man schloss Seidenticker aus. Einmal aufgestellt machte der selbstverständlich weiter Wahlkampf in eigener Sache. Eine seiner familienpolitischen Forderungen: Neugeborene "deutsche" Kinder sollen ein Begrüßungsgeld in Höhe von 200 Euro erhalten. Der Führer lässt schön grüßen. - Weniger erfreulich ist, dass der Celler Kurier über zwei Spalten eine indirekte Wahlwerbung für Seidensticker betrieb und diese Wahlkampfforderung einzig mit dem Satz kommentierte: "Hierzu ist Seidensticker der Meinung, dass diese Forderung keine fremdenfeindliche Tendenz habe." Na dann ist ja gut.

# "... der Verwaltung mehr auf die Finger schauen"

Am Montag nach der Kommunalwahl habe wir ein kurzes Interview mit Andreas Hauptmeyer gemacht, der für das Bündnis Soziale Gerechtigkeit (BSG) in den Stadtrat gewählt wurde. Zum Zeitpunkt des Interviews war noch nicht klar, wer die BSG im Kreistag vertreten wird.

**Glückwunsch erst mal zum Ratsmandat. Kannst du eine erste Einschätzung eures Ergebnisses liefern?**

Wir sind nicht zufrieden, weil wir auf mehr gehofft hatten. Es wäre wichtig gewesen, jeweils einen zweiten Sitz zu bekommen. Dann wäre man Fraktion gewesen und hätte mehr Möglichkeiten gehabt.

**Hast du eine Erklärung dafür, dass du als Landratskandidat erheblich mehr Prozente geholt hast als das Bündnis?**

Das hängt natürlich mit der Erwerbslosenarbeit zusammen. In gewisser Weise bin ich auf dem Arbeitsamt bekannt wie ein bunter Hund, weil ich zuletzt fast jeden Tag mit Leuten da war, um sie in ihren Anliegen zu unterstützen. Das kriegen die Leute schon mit. Dass sich das auf der anderen Seite nicht auch positiv für das Bündnis ausgewirkt hat, lässt sich kaum erklären. Von manchen habe ich gehört, dass die Stimmzettel relativ verwirrend waren.

**Eine Fraktion ist es ja weder im Stadtrat noch im Kreistag geworden. Das schränkt eure Möglichkeiten ja sowohl inhaltlich wie materiell ein. Welche Schwerpunkte kannst du dir vorstellen?**

Wir werden versuchen, Stadtrats- und Kreistagsmandat einigermaßen zu koordinieren, also Projekte gemeinsam angehen. Und inhaltlich geht es darum, das zu vertreten, wofür wir gewählt worden sind: Sprachrohr sein für Erwerbslose und Arme. Vielleicht hat man als Ratsmitglied oder im Kreistag ja aber auch Möglichkeiten, mal direkt zu intervenieren und der Verwaltung mehr auf die Finger zu schauen. Ein anderer Bereich, mit dem wir uns befassen werden, ist Antifaschismus. Da müssen wir versuchen, Projekte gegen Nazis anzuschieben. Und

dann, worüber ihr ja auch immer berichtet, Diskriminierungen von Flüchtlingen beenden: Scheuen auflösen, Gutscheine abschaffen, für ein Bleiberecht eintreten.

**Welche Möglichkeiten siehst du, mit sozialen Bewegungen zu kommunizieren und ihre Projekte zu unterstützen?**

Ich denke, unser Job kann in dieser Hinsicht sein, die Initiativen mit Informationen zu versorgen, an die sie sonst nicht oder nur schwer herankommen und - wenn sie es wollen - für sie Anträge zu stellen, Anfragen zu formulieren, in der Öffentlichkeit für ihre Belange eintreten. Vieles wird dabei hoffentlich weiter auf der direkten Schiene laufen, auf der man sich kennt und vertraut. Im übrigen werden wir sicherlich einmal im Monat ein öffentliches Diskussions- und Informationsangebot machen.

**Hast du schon eine Idee, was euer erster Antrag in Stadtrat und Kreistag sein wird?**

Ja. Das dürfte feststehen. Wir werden im Kreistag beantragen, dass bei Erwerbslosen endlich bei der Erstattung der Kosten der Unterkunft nach der Maßgabe des Landessozialgerichts verfahren wird und der Beschiss der Erwerbslosen durch den Landkreis aufhört. Dass betrifft im weiteren dann auch die Heizkosten, weil mit der angekündigten Erhöhung massive Probleme auf die Betroffenen zukommen. In der Stadt wollen wir ziemlich schnell einen Antrag für einen "Sozialpass" ausarbeiten. Damit sollen Erwerbslose einen günstigeren und in manchen Bereichen kostenlosen Zugang zu öffentlichen Gütern bekommen: also Busverkehr, Hallen- und Freibäder, Theater usw.



<http://www.wasg-celle.de>

# Bürgerbegehren gegen ECE



**Noch bis Mitte Oktober läuft ein Bürgerbegehren gegen den Ratsbeschluss für ein ECE-Einkaufszentrum in der Celler Altstadt. Wir fragten einen der Mitorganisatoren, Harald Ruttkowski, nach den Gründen und den Chancen des Bürgerbegehrens.**

**Herr Ruttkowski, was ist das Ziel des Bürgerbegehrens?**

Das Bürgerbegehren soll zum einen ein politisches Zeichen gegen einen Ratsbeschluss für die Errichtung eines ECE-Center in Celle setzen, also den Bürgerwillen bekunden, zum anderen die dezentralen Ansiedlung von neuen Geschäften im Rahmen der 'Zentro Celle'-Idee unterstützen.

**Was sind Ihre zentralen Argumente gegen das geplante ECE-Center?**

Der geplante Standort des ECE-Geländes umfasst das Areal zwischen Kleiner Plan und Französischer Garten, entlang der Wehlstraße. Diese Fläche ist 3x so groß wie die des Celler Schlosses. Ein zentrales Einkaufszentrum mit einer Verkaufsfläche von mehr als 16.000 qm mit zusätzlichen 60-80 neuen Geschäften verkraftet unsere historische Altstadt nicht. Der Leerstand in der Altstadt wird sich drastisch erhöhen und leere Straßen und Gassen werden zu einer Verödung der Innenstadt führen. Die Investitionsbereitschaft der Geschäftsleute und privater Eigentümer wird abnehmen und der Erhalt der historisch wertvollen Bausubstanz ist gefährdet. Noch mehr Wohnungen im Kern der Stadt Celle werden nicht bewohnt sein.

Der ABCe bekennt sich u.a. für eine Urbanität - Wohnen, Einkauf, Arbeit und Kultur, elementare Bestandteile einer von uns geforderten Urbanität. Das ECE-Projekt befasst sich ausschließlich mit dem Konsumverhalten der Menschen, der Aspekt der Belebung der Altstadt durch Wohnen in der Innenstadt wird vernachlässigt. Im Zentro-Celle Projekt ist z.B. eine Ergänzung der Bebauung zwischen Nordwall und Schuhstrasse vorgesehen: moderner Wohnraum, mit Ansiedlung eines großen Lebensmittelmarktes, wird durch eine ansprechende Erschließung der Innenhöfe entstehen.

Ein ECE-Management wird sich, verständlicher Weise, vorrangig um ECE-Belange kümmern. Der wirtschaftliche Erfolg des Centers steht im Vordergrund. Man wird sich an einem City-Management beteiligen, aber immer ausgerichtet auf die Einkaufsgalerie. Eine Weiterentwicklung der Altstadt, in Zusammenarbeit mit den Haus-/Grundstückseigentümern sowie der Kaufmannschaft und den jetzigen Bewohnern, ist für ECE nur von untergeordnetem Interesse. Diese Einstellung wurde durch ein Zitat des für Celle vom ECE vor-

gesehenen Projektleiters Herrn Thätner deutlich. In einem Interview mit der Braunschweiger Zeitung Herr Thätner wörtlich: "ECE baut profitable Einkaufszentren und entwickelt keine Altstädte."

**Was halten Sie persönlich von dem bisherigen kommunalpolitischen Meinungsbildungsprozess zum Thema? Warum hat man eigentlich mit dem Ratsbeschluss nicht bis nach der Kommunalwahl gewartet und darüber eine Wählermeinung abgewartet?**

Es wurde durch den Celler Stadtrat im Rahmen der Präsentation der verschiedenen Konzepte durch ECE und Zentro-Celle eine Bürgerbeteiligung angekündigt. Diese hat nur in einem äußerst geringen Umfang stattgefunden. Trotzdem haben sich die Celler mehrheitlich gegen ein ECE ausgesprochen (siehe Umfrage der CZ) Dies spiegelte sich leider nicht im Ratsbeschluss vom 18.07.06 für ein ECE-Center wieder. Die BürgerInnen der Stadt Celle haben aber mit ihrem Votum bei der Kommunalwahl eindeutig Position gegen die Ansiedlung eines Mega-Einkaufszentrums bezogen. OB Martin Biermann hat mit der Einstellung der Planungsarbeiten zu einem ECE-Center dem Ergebnis der Stadtratswahlen anscheinend Rechnung getragen. Wir begrüßen diese Entscheidung.

Die Einstellung der Planungsarbeiten durch den OB hebt den bestehenden Ratsbeschluss nicht auf. Bis zu einer neuen Beschlussfassung durch den Celler Rat wird das Bürgerbegehren in unverminderter Form weitergeführt.

**Was ist Ihre Einschätzung: Wird die Stadt beim zu erwartenden Erfolg des Bürgerbegehrens eine Bürgerbefragung zulassen? Stehen rechtliche Einwände im Raum?**

Wir werden die erforderlichen 6.000 Unterschriften am 17. Oktober 2006 vorlegen können. Vielleicht hat sich bis dahin die Beschlusslage im Celler Rat schon geändert, was das ganze Verfahren erheblich abkürzen und einen Bürgerentscheid bis Mitte Januar 2007 entbehrlich machen würde.

**Welche Frage würde eigentlich zur Abstimmung gestellt?**

Das Bürgerbegehren richtet sich gegen den derzeit noch gültigen Ratsbeschluss vom 18.07.2006! Die Frage zum Bürgerentscheid lautet: 'Sind sie für die Aufhebung des Ratsbeschlusses des Stadtrates der Stadt Celle vom 18.07.2006 zur Errichtung eines Einkaufszentrums durch die ECE auf dem Gelände der Feuerwehr?' Die Hürde für diese Abstimmung liegt sehr hoch. Mindestens 25% der Celler Wahlberechtigten müssen sich am Bürgerentscheid beteiligen und mit "JA" votieren.

## Es reicht!



Es war reines Glück: Letztlich entging Schweden nur um sieben Minuten dem wohl größten terroristischen Angriff in Westeuropa. Eine tickende Zeitbombe im schwedischen Forsmark konnte gerade

noch entschärft werden. Nach Ermittlungen der Polizei zeigt sich ein terroristisches Netzwerk verantwortlich, dass sich über fast alle europäischen Länder verbreitet hat. Weitere 18 Sprengsätze hat das Terrornetzwerk in Deutschland gelegt. Die Bundesregierung veranlasste zunächst nur eine Befragung der vier bekannten Terrorzellen und gab sich mit deren Antworten zufrieden, wonach nicht beabsichtigt sei, die Sprengsätze zu zünden. Unklar blieb allerdings, ob ein Sprengsatz in Brunsbüttel nicht längst scharf ist. Eine Veränderung der Sicherheitsgesetze ist nach Auffassung der Bundesregierung allerdings nicht erforderlich.

Wird so nicht die Verrücktheit deutlich, mit der wir in Westeuropa konfrontiert sind. Die Wahrscheinlichkeit eines GAU liegt in Westeuropa bei 1:6, also der Chance beim Würfeln mit dem ersten Wurf eine "Sechs" zu schaffen. Und damit wäre bekanntlich nicht eine U-Bahn-Station in die Luft gejagt, sondern eine ganze Region über Jahrhunderte unbewohnbar. Und dass es jetzt in Schweden fast soweit war, verweist auf das Lügengebäude der Rede von den "sicheren Atomanlagen" im Westen, mit dem man die Menschen einlullen will.

Brunsbüttel: Dieses Skandal-Kraftwerk dürfte keine Minute weiter laufen; es weist hohe Bauähnlichkeiten mit dem Forsmark-Reaktor auf. Die Betreiber des AKW vertuschten dies wie andere gravierende Sicherheitsmängel, sowohl gegenüber der Öffentlichkeit, als auch gegenüber der Atomaufsicht. Brunsbüttel muss sofort vom Netz genommen werden. Die Stromkonzerne Vattenfall und E.on haben im so genannten Atomkonsens unterschrieben, das AKW bis spätestens 2009 stillzulegen. Doch jetzt besitzen die Konzerne sogar die Dreistigkeit, sich nicht einmal mehr an diese Vereinbarung halten zu wollen. Die Laufzeit - also die Zeit der immensen Gefahren - soll weiter verlängert werden.

Wir tun viel, viel, viel zu wenig gegen diesen Wahnsinn. Aber: Wenigstens einmal im Jahr sollten wir die Gelegenheit ergreifen, anlässlich der Castor-Transporte in Gorleben demonstrieren. Dies ist der Ort, an dem auf die unlösbare Endlagerfrage aufmerksam gemacht werden kann, dies ist der Ort, an dem Jahr für Jahr vor einer großen Öffentlichkeit für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen geworben werden kann.

Das Celler Forum gegen Atomenergie will für die Demonstration am Samstag, den 11.11., einen Bus nach Gorleben organisieren. Abfahrt wäre gegen 10.30 Uhr in Celle, bei Bedarf könnte der Bus um 10 Uhr in Winsen oder Hambühren starten; die Route führt wahrscheinlich über Hermannsburg, weil es da immer MitfahrerInnen gibt. Zurück in Celle wäre man so gegen 19 Uhr. An Kosten sind 5 Euro für Schüler und ALG II-Empfänger sowie 10 Euro für den Rest vorgesehen.

Damit der Bus rollt ist die Initiative aber auf genügend halbwegs verbindliche Anmeldungen angewiesen. Diese müssen bis zum 9. Oktober eingehen per e-mail bei buha-archiv@t-online.de oder Tel.: 05141-31566

---

## Interkulturelle Woche 2006 Veranstaltungen in Celle

Seit einigen Jahren organisieren flüchtlingspolitische Initiativen rund um den "Tag des Flüchtlings", der jedes Jahr am 29. September "begangen" wird, interkulturelle Wochen. In Celle hat der Arbeitskreis Ausländer dieses Jahr ein kleines Programm zusammengestellt. Unter dem Motto "Miteinander Zusammenleben Gestalten" findet am Samstag, den 23.09. zwischen 15 und 19 Uhr auf dem Hof des Urbanus Rhegius Hauses in der Fritzenwiese ein kleines Interkulturelles Hoffest statt, bei dem es neben Leckereien aus dem Nahen Osten und Bratwürsten aus der norddeutschen Tiefebene auch Infos zur Situation der Flüchtlinge geben wird. Für medienpädagogisch

Interessierte wird zudem das Nürnberger Kurzfilmprojekt "Toleranzstreifen" vorgestellt.

Einen Aspekt der alltäglichen Diskriminierung greift "Rick's Café", die Celler Selbstorganisation von Flüchtlingen, heraus - am Dienstag, den 26. September, wird es eine kleine Aktion gegen das Gutscheinsystem und eine anschließende Pressekonferenz im Bunten Haus geben.

Ebenfalls veranstaltet von "Rick's Café" wird am Mittwoch, den 27. September, 19.30 Uhr, eine Diskussion- und



chenden Bleiberechtsregelung.

Am Freitag, den 29.9., und Samstag, den 30.9., zeigt das Kino 8 ½ in Kooperation mit dem AK Ausländer den Film "Schläfer", in dem der Regisseur Benjamin Heisenberg vor dem Hintergrund der Terrorphobien ein Psychodrama über Freundschaft, Vertrauen, Neid und Eifersucht inszeniert hat.

Am Freitag, den 29.09., findet am 18 Uhr in Hannover am Kröpke eine Kundgebung des Niedersächsischen Flüchtlingsrates statt, bei der insbesondere geduldete Jugendliche für ein Bleiberecht eintreten wollen.

Den Abschluss des Programms bildet die Vorstellung des

Infoveranstaltung im Bunten Haus über die derzeitige Abschiebungspraxis und die Bleiberechtsforderung der Flüchtlingsinitiativen stattfinden. Gezeigt wird der wdr-Dokumentarfilm "Härte mit System"; anschließend erläutern Referenten des AK Ausländer die Situation von Geduldeten und die Notwendigkeit einer weitrei-

neuen Lyrikbandes von Bekim Morina "Etwas besseres als den Tod" am Freitag, den 13.10., um 20 Uhr in "Kunst & Bühne" im Nordwall. Bekim Morina kam vor sieben Jahren als Kosovo-Flüchtling nach Deutschland, war zuletzt Stipendiat der RWLE Möller-Stiftung und engagiert sich in Celle in den flüchtlingspolitischen Zusammenhängen (mehr zu Bekims Geschichte siehe in der Nr. 30 <http://mitglied.lycos.de/Revista/>). [In einigen Flyern ist fälschlich der 30.10. als Termin angegeben.]

Zur "Interkulturellen Woche" bzw. zum "Tag des Flüchtlings" sind zwei Broschüren erschienen, die die aktuelle Situation und Diskussion ganz gut wiedergeben. Pro Asyls 54-seitige Broschüre heißt "Flüchtlingsschutz im Abseits. Hier geblieben! Recht auf Bleiberecht!" und kostet 2,50 Euro. Auch der "Ökumenische Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche" hat ein 62-seitiges Materialheft herausgegeben, das thematisch breit gestreut neben der "Bleiberechtsregelung" z.B. auch die Situation von Illegalen behandelt sowie Artikel zu Rassismus und Rechtsextremismus beinhaltet. Das Heft kann unter [www.interkulturellewoche.de](http://www.interkulturellewoche.de) heruntergeladen werden. Auch die Pro Asyl Broschüre ist als pdf kostenlos verfügbar:

[www.proasyl.de/de/archiv/fluechtlingstag-hefte/index.html](http://www.proasyl.de/de/archiv/fluechtlingstag-hefte/index.html).

## Arm trotz Arbeit?

### Veranstaltung zur Mindestlohnkampagne von verdi/NGG

Die gewerkschaftlichen Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn war jüngst Thema einer Informationsveranstaltung der Gewerkschaft ver.di. Der Celler Ortsverein hatte Sonja Brüggemeier und Kai Berke als fachkompetente Referenten eingeladen. Sonja Brüggemeier ist bei ver.di zuständig für den Fachbereich Sicherheits- und Bewachungsgewerbe; Kai Berke arbeitet bei der Gewerkschaft NGG in Hannover. Mit Beispielen aus ihren jeweiligen Fachbereichen machten die beiden Referenten deutlich, dass es leider in Deutschland nicht als sittenwidrig gilt, wenn etwa in Sachen im Friseurhandwerk Stundenlöhne von 3,06 Euro oder im Bewachungsgewerbe in Thüringen 4,32 Euro gezahlt werden. Aber Niedrigstlöhne gibt es nicht nur im Osten der Republik. Im Hotel- und Gaststättengewerbe in NRW finden sich Stundenlöhne von 5,18 Euro. Zu "Armutslöhnen", worunter in der Statistik Vollzeitbruttolöhne von unter 1442 Euro geführt werden, arbeiten im Osten fast 30 % der Beschäftigten und im Westen 12 Prozent. Betroffen sind vor allem Beschäftigte in Kleinbetrieben und im Dienstleistungsbereich, darunter vor allem Frauen. Der Mindestlohnforderung liegt der Gedanke zugrunde, dass man von Vollzeitarbeit leben können sollte. Deshalb fordern die Gewerkschaften einen gesetzlichen Mindestlohn von 7,50, der schrittweise auf neun Euro steigen soll.

Brüggemeier belegte mit einigen Zahlen, dass in Deutschland seit zehn Jahren die Gewinne auf Kosten der Löhne steigen würden, ein Achtel der Bevölkerung würde von

Einkommen unterhalb der Armutsgrenze leben. Schlusslicht sei Deutschland im europäischen Vergleich eben nicht bei den Unternehmensgewinnen, sondern bei der Entwicklung der Reallöhne. Die Referentin verwies auf die Mindestlöhne in Großbritannien, den Niederlanden und Frankreich mit jeweils rund 8 Euro. Dort sei das in der deutschen Diskussion oft gehörte Argument, wonach Mindestlöhne schädlich für die Beschäftigung seien, eindeutig widerlegt. Im Gegenteil: Vielfach sei die Beschäftigung gestiegen, vor allem aber die Lohnunterschiede und die Lohndiskriminierung von Frauen reduziert worden.

"Mit einem gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro gäbe es ein anerkanntes Mindestniveau, das unwürdige Löhne verhindert. Und es werden Armutslöhne dort bekämpft, wo keine Tarifverträge existieren oder die Gewerkschaften zu schwach sind, einen existenzsichernden Lohn durchzusetzen," meinte Kai Berke.

In der Diskussion verwiesen Teilnehmer auf den Gesetzesentwurf der Linkspartei.PDS, die einen Mindestlohn von acht Euro fordere. Es wurde auch darauf hingewiesen, dass die Debatte um ein existenzsicherndes Grundeinkommen vorangetrieben werden müsse, weil die Probleme der Arbeitsgesellschaft nicht mehr mit dem alten Instrumentarium lösbar seien.

Der Celler verdi-Ortsverein nahm die positiven Reaktionen bei der Veranstaltung als Ansporn, die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn weiter zu verbreiten und dabei auch auf "schwarze Schafe" in der Region aufmerksam zu machen. Weitere Argumente der Gewerkschaft sind unter [www.mindestlohn.de](http://www.mindestlohn.de) zu finden.



# WM – Ein Feldversuch zum Grundrechtsabbau

"Hoher Besuch" im Bunten Haus: Erstmals referierte mit Ulla Jelkpe eine Bundestagsabgeordnete in Celles sozio-kulturellem Zentrum. Ihr Thema: der Abbau von Grundrechten. Doch das Interesse war gering.

Ulla Jelkpe, seit der letzten Bundestagswahl für die Linksfraktion.PDS im Parlament, ist nicht mehr irritiert, dass das Thema der vielbeschworenen "Inneren Sicherheit" selten in den Fokus linker Aufmerksamkeit gerät. Es ist eine der Verrücktheiten, dass sich noch vor 20 Jahren eine "Massenbewegung" die vergleichsweise harmlose "Volkszählung" boykottierte, der massiven Abbau der Grundrechte heute aber kaum jemanden interessiert.

Dies mag auch mit der geschickteren medialen "Vermarktung" zusammenhängen. Selbstverständlich musste der 9.11. als Begründung für alles herhalten, was an so genannten Anti-Terror-Gesetzen massiv in die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger eingreift. Und in diesem Jahr war es dann eben die Fußballweltmeisterschaft, die als Katalysator diente und einen bisher einzigartigen Feldversuch in der Zusammenarbeit der "Dienste" ermöglichte.

"Für Hunderttausende WM-Beschäftigte waren die Grundrechte auf freie Berufswahl und informationelle Selbstbestimmung faktisch aufgehoben. Sie hatten nur die Wahl, sich den Regelanfragen durch Polizeien und Geheimdienste zu unterwerfen oder ihren Job zu verlieren," so Jelkpe. Als weitere Marksteine zum Weg in den Überwachungsstaat sieht die auch die allgegenwärtige Videoüberwachung und die Einführung von RFID-Chips. Innenminister Schäuble und Verteidigungsminister Jung hätten die WM zudem genutzt, um ein Großmanöver durchzuführen. Die von ihnen forcierte Diskussion hätte sie ihrem Ziel einer Grundgesetzänderung näher gebracht, um den bewaffneten Militäreinsatz im Inland durchzudrücken.

Im schwarz-rot-goldene Taumel seien dann auch die Verlängerung und Verschärfung der so genannten Anti-Terror-Gesetze fast widerspruchslos einleitet worden. Gewissermaßen als Dank für seine illegalen Spitzeleien wird die Große Koalition dem Bundesnachrichtendienst (BND), dert in vielfältiger Weise Recht und Gesetz gebrochen hat, neue Befugnisse zugewiesen. Als habe es die Skandale, die Observation kritische Journalisten, die fragwürdige Rolle des BND bei der Entführung Al Masris durch die CIA und die in US-Foltergefängnissen durch BND durchgeführte "Befragungen" nicht gegeben.

Ulla Jelkpe: "Die Geheimdienste des Bundes (BND, MAD und Bundesamt für Verfassungsschutz - BfV) sollen forciert zu geheimen Ermittlungsbehörden ausgebaut werden, die ihre Ergebnisse mit denen der Polizei abgleichen können. Damit wird die gesetzlich verlangte Trennung von Geheimdiensten

und Polizei noch weiter abgebaut. Das ist rechtsstaatlich höchst bedenklich, denn die Geheimdienste unterliegen keiner normalen gerichtlichen Kontrolle, so dass Betroffene ihnen machtlos gegenüberstehen; die parlamentarische Kontrolle der Dienste ist bekanntlich eine Farce."

Mit dem sogenannten Terrorismusbekämpfungsgesetz 2002 waren unter dem Vorwand, auf den 11. September 2001 reagieren zu müssen, im Eiltempo die Bürgerrechte massiv eingeschränkt worden. Die Geheimdienste erhielten damit Befugnisse wie nie zuvor. Sie dürfen zur "Terrorismusbekämpfung" bei Kreditinstituten, Luftverkehrsunternehmen, Post- und Kommunikationsdienstleistern jederzeit Daten abfragen und Auskünfte einholen; in Privatwohnungen können sie Lausch- und Spähangriffe durchführen. Alle Personen, die in sicherheitsempfindlichen Einrichtungen arbeiten, werden seit 2002 vom Verfassungsschutz geheim überprüft.

Diese zunächst befristet eingeführten Regelungen werden für weitere fünf Jahre verlängert. Aber nicht allein verlängert, sondern auch ausgedehnt: Der BND, der eigentlich für die Auslandsspionage zuständig ist, erhält Befugnisse im Inland. Der MAD bekommt die gleichen Eingriffsmöglichkeiten wie der Verfassungsschutz. Vor allem aber sollen bereits bestehende Auskunftsrechte der Nachrichtendienste zur Terrorbekämpfung künftig auch dann gelten, wenn "verfassungsfeindliche Aktivitäten in Deutschland beobachtet werden, falls diese eine Bereitschaft zur Gewalt fördern". Da schwer definierbar sei, was eigentlich unter "verfassungsfeindlichen Aktivitäten" zu verstehen ist, komme dieser Gesetzentwurf einem Freibrief für die Geheimdienste gleich.

Auf die Frage, welche strategischen Interessen hinter diesem Abbau der Grundrechte stehen würden, war Ulla Jelkpe eindeutig: Im Bündnis mit den USA würden sich die Herrschenden in Deutschland ihrer Weltmarktdominanz weiter militärisch behaupten wollen. Dazu gehöre - neben Auf- und Umrüstung - fast selbstverständlich eine umfassende Feindaufklärung: nach außen und nach innen. Während sie in diesem Zusammenhang in den USA - Stichwort: Guantanamo - Tendenzen zu einer Faschisierung sieht, beschrieb sie die Entwicklung in der Bundesrepublik als Weg in den Polizei- und Überwachungsstaat.



# Wie wird eine Schule Landesmodellschule?



Menschen erwirtschaften.

Der Schulleiter der Lachendorfer Grundschule hat dies verinnerlicht. Er zog schon mal los. Er ging zum Lachendorfer Schützenfest. Er ist schließlich eine VIP. Dort traf er andere VIP's. So auch die nunmehr vierte Frau des örtlichen Industriellen, des Besitzers der Lachendorfer Papierfabrik. Diese vierte Frau darf mit dem Geld des älteren Industriellen, in begrenztem Maße, versteht sich, spielen. Wahrscheinlich ist dies ein Teil der Attraktivität des Reichen, des Reichtums überhaupt.

Nun, man kam ins Gespräch. Man stellte fest, dass es mit den Englischfertigkeiten der deutschen Schüler angesichts der Globalisierung, ohne Globalisierung geht bei Geld nichts, im Argen liegt. Wie Abhilfe schaffen? Die Frau des älteren Reichen wusste Abhilfe. Das modernste Lernmaterial wurde in unbegrenzter Menge beschafft. Aber reichte dies aus? Nein! Die Frau hatte anderswo kleine Kinder englisch lernen gesehen. Im Kindergarten. Dazu muss man wissen, dass z.B. in Baden-Württemberg mit Frühenglisch von der ersten Klasse an experimentiert wird. Leider hatte die staatliche

Nun, die Schule muss dem neoliberalen Mainstream folgen. Sie muss sich neben ihrer staatlichen, knapp bemessenen Grundversorgung, private Geldquellen erschließen. Die zukünftigen Chefs der Schulen, ihre Schulmanager, bisher noch ihre Rektoren, müssen sich um Sponsoren bemühen, müssen betteln gehen. Sie müssen betteln bei denen, die sich all das einstecken, was die arbeitenden

Lachendorfer Grundschule nicht die Mittel dafür.

Also musste die Stiftung des Industriellen einspringen. Diese erklärte sich bereit, eine englische Englischlehrerin zu bezahlen. Eine so genannte Native-Speakerin. Alles kein Problem, bis die Schulaufsicht aufmerksam wurde. Noch, die Betonung liegt auf "noch", stellt der Staat seine Mitarbeiter ein. Er hat dafür Gesetze und die kann man selbst in Lachendorf auf dem Schützenfest nicht so einfach aufheben.

Was tun? Irgendwie erfuhr der Minister Busemann von der Geschichte. Wer hatte wohl direkten Draht zu ihm?

Der Minister befand: Die Geschichte musste stattfinden, denn was man in Lachendorf auf dem Schützenfest ausbaldowerte, ist genau das, was er, der Buse- und Bertelsmann-Konzern wollen. Die Schulleiter sollen sich die Mittel besorgen, ihren Betrieb, die Schule so attraktiv machen, dass andere Schulen ohne rührige Manager, niederkonkurriert werden können.

Also: Das Projekt musste stattfinden, auch wenn bestehendes Recht gebeugt werden muss. Das geht so: Der Reiche in Lachendorf spendet dem Schulverein. Der Schulverein zahlt der Native-Speakerin eine Aufwandsentschädigung. Sie ist nun Assistent-Teacher, darf aber nicht eigenständig unterrichten. Verantwortlich für ihren Unterricht sind die Lehrer, in deren Unterricht sie englisch spricht. Dafür hat sie aber keinerlei Rechte.

Über ihr Gehalt schweigt sich der Reiche aus und der neoliberale Schulleiter sagt: "angemessen". Die Gesamtkonferenz der Schule, die Personalräte, die dieses alles verhindern könnten, stimmten zu. "Pecunia non olet" = Geld stinkt nicht.

Nun ist diese Schule Landesmodellschule.

Also, liebe Schulleiter! Auf die Schützenfeste müsst ihr gehen, wenn ihr etwas werden wollt.

VP

---

When the saints goes marching in

## Nur eine Glosse

In der Landesmodellschule Lachendorf herrscht Aufregung. Der Herr Minister hat sich angesagt. Ein Staatsbesuch steht ins Haus. Auch der Minister will sich mit der Landesmodellschule schmücken. Überall sind die Lehrer am Putzen und Werken. Alles wird glänzen. In Dienstbesprechungen gibt der Schulleiter die Leitlinien aus. Dabei sitzt er, sonst von etwas geringerer Statur, etwas erhöht auf einem Armlehnenstuhl. Vor ihm, den Blick starr auf die Kollegen gerichtet, sitzen auf Lehrerzimmerstühlen die Personalräte mit einem Laptop. In diesen tippen sie die Reaktionen der Kollegen in Lehrerbeobachtungsbögen. Die Reaktionen auf die Ausführungen des Schulleiters werden wie

üblich mit +, -, 0 gekennzeichnet. Also, ob ein Lehrer gerade sitzt und lauscht oder ob er sich fläzt, unterdrückt er vielleicht ein Gähnen, will er gar Zwischenfragen stellen, die Bögen sind lang und gewissenhaft erstellt. Relevanz haben die Ergebnisse aber nur, so betont der Schulleiter, im Zweifelsfall, wenn die Ergebnisse des Unterrichts so sind, dass die Lehrer in der schulinternen Gehaltstabelle jeweils auf der Kippe sind. Nur dann werden die Ergebnisse der Lehrerbeobachtungsbögen herangezogen. Man zählt einfach die + und - und die O's. Was überwiegt, entscheidet, ob der Kollege auf- oder absteigt. Da in der Modellschule alle Schüler ein Instrument, in der Regel eine Flöte, erlernen müs-

sen, lag es nahe, die Kollegen nach der Anzahl der Flöten zu gruppieren. Die Kollegen tragen, wie auch die Schüler, selbstverständlich eine einheitliche Schuluniform. Dunkelblauer Rock oder Hose, weiße Bluse und schwarze halbohohe Schuhe. Auf die Bluse sind Schulterklappen aufgenäht, auf denen der Gehaltsrang der Kollegen vermerkt ist. Drei Flöten für die höchste, zwei für die mittlere und eine für die niedrigste Gehaltsstufe. Kollegen ohne Flöte sind neu oder unwürdig. Diese werden dann an die anderen Grundschulen der Samtgemeinde versetzt. Dort können die Kinder, wenn sie wollen, ein Instrument lernen, müssen es aber nicht. An diesen Schulen werden sich Nischen, wie Naturwissenschaft oder Ähnliches für Flötenlose finden lassen.

Haben Lehrer nur einmal versagt, ist ihr Output einmal nicht entsprechend, wird ihnen eine Flöte quer zu den anderen aufgenäht. Sie sind dann von jedermann als Querflöten zu erkennen. Die Lehrer sitzen in den Dienstbesprechungen in Reihen mit dem Gesicht zum Schulleiter. Vorne auf Stühlen der Viertklässler die Dreiflötenlehrer, dahinter auf den jeweils jüngeren Altersstufenstühlen die mit zwei Flöten usw..

Also der Minister kommt.

Auf dem Schulhof werden Markierungen angebracht, wo jeweils wer zu stehen hat. Vorne natürlich die mit den drei Flöten, dahinter usw. . Auf einem Podest, nur ca. 40 cm erhöht, stehen die Erstklässler, die Frühenglisch lernen. Ihretwegen kommt der Minister schließlich. Ihretwegen ist die Landesmodellschule ja Landesmodellschule. Die Lehrer dieser Schüler haben keine Flöten auf ihren Achselklappen. Sie haben das heilige Zeichen der Globalisierung, den Euro in stilisierter Form. Der Minister wird die versammelte Schulfront auf einem roten Teppich abschreiten. Schließlich ist er ein Staatsgast. Zunächst ließ sich der Teppich nicht frisieren und warf Falten. Nicht auszudenken, wenn der Minister an seiner Landesmodellschule über etwas Rotes gestolpert wäre. Man hat kurz beraten, ob man den örtlichen Industriellen um einen schwarzen Teppich bitten soll, ist aber wieder davon abgekommen, schließlich empfängt die Bundesregierung ihre Staatsgäste auch mit einem roten Teppich, selbst die übelsten Diktatoren. Nur in der Nähe der Schule, nicht wie sonst üblich im ganzen Ort, wurden die Kanaldeckel verschweißt. Man befürchtete, dass einige G.E.W. Terroristen das Gelände erreichen und dort in Sprechhören Unerhörtes von sich geben würden.

Überhaupt Sprechchöre an einer Musikschule.

Der Minister landet. Wird vom Schulleiter begrüßt. Dieser stellt ihm den örtlichen Industriellen vor. Aber die Beiden kennen sich schon. Danach schüttelt der Minister allen örtlichen Honoratioren die Hand. Man begibt sich an den Anfang des roten Teppichs und formiert sich. Voran der Minister, der Schulleiter und der Industrielle darf auch nicht fehlen, er bezahlt ja die Frühenglischlehrer. Sofort spielen alle Kinder: "When the saints goes marching in". Die Erstklässler singen dies natürlich auf Englisch. Hinter dem Minister gehen der Konrektor und der Staatssekretär. Es folgen die Personalräte mit den Vertretern der Berteismannstiftung. Da

gehen sie nun: der Beamte = der Gehorsam, der Minister = die Macht, der Industrielle = das Geld. Was wären wir ohne sie. Es werden Reden gehalten. Alle Redner betonen die Weitsicht des Ministers, die Großzügigkeit des Industriellen und die Entschlusskraft des Schulleiters, der seine Schule gut im Griff habe.

Zum Abschluss wird die Fahne gehisst. Die Nationalhymne wird gesungen, von den Erstklässlern natürlich auf Englisch. Zwei Kinder singen den türkischen Text. Man vermutet, dass hier Verbindungen zu Berliner Grünen bestehen. Dann zieht man sich zu jeweils bilateralen Verhandlungen zurück. Der Schulleiter erreicht, dass seine Schule direkt dem Minister unterstellt wird und er von niemand anderem Weisungen erhalten darf. Außerdem wird seine Schule zehn Jahre lang von Besuchen der Schulinspektion befreit. Mit dem Industriellen wird versucht, einen langfristigen Vertrag abzuschließen, was dieser aber mit dem Hinweis ablehnt, dass aktuelle Projekt wäre das Hobby seiner vierten Frau und da seine Ehen in seinem fortgeschrittenen Alter immer kürzere Verfallszeiten hätten, könne er keine langen Verträge abschließen. Wer weiß denn jetzt schon, welche Hobbies seine fünfte Frau habe.

Der Konrektor bekommt vom Berteismann Musikverlag eine Schulorgel mit entsprechender Software. Diese darf die Schule gegen eine geringe Gebühr an andere Schulen weitergeben, was aber nur sinnvoll wäre, wenn die Schulen das Ergänzungsprogramm des Verlages erwerben. Die Personalräte werden vom Unterricht freigestellt und werden Mitglieder einer Projektgruppe der Berteismannstiftung, die sich mit der Erstellung differenzierter Lehrerbeobachtungsbögen befasst. Später dann sollen sie in dieser Sache als Multiplikatoren im ganzen Land eingesetzt werden. So ist der Ministerbesuch für alle erfolgreich zu Ende gegangen. Halt. Man hatte vergessen die Kanaldeckel wieder zu öffnen. So sitzen die G.E.W.'er nun immer noch da unten in der Scheiße und schwören sich, dass sie, sollten sie jemals wieder herauskommen, nun auch wirklich mit Watabäuschchen werfen wollen.

VP



## Kinderarmut im Landkreis Celle

Ein Wahlkampfthema war es nicht: Kinderarmut. Dabei sind die statistischen Zahlen für Stadt und Landkreis Celle (Stand: April 2006) erschütternd. 19,2 % aller Kinder unter 15 Jahren leben hier von Sozialgeld - jedes fünfte Kind ist statistisch gesehen "arm". Im Ranking von 420 kreisfreien Städten und Landkreisen liegt Celle auf Platz 157; auf den Westen bezogen sogar auf Platz 50. Im Vergleich zu Westdeutschland (16,2 %) und Niedersachsen (16,3 %) gibt es ein deutlich höheres Maß an Kinderarmut.

## BWS Absteiger

BWS? Bruttowertschöpfung, eine dieser merkwürdigen Kategorien der Volkswirtschaftslehre, die fast nichts erklären, aber immer für ein Ranking taugen. Und da hat der Landkreis Celle im Bezirks Lüneburg-Wolfburg der Industrie und Handelskammer (IHK) doch tatsächlich fast die "rote Laterne". Um ganze 1,5 % pro Einwohner ist bei uns die BWS zwischen 1992 und 2004 gestiegen, d.h.: Stagnation. Im Bundesdurchschnitt sind's immerhin 23,4 %, in der Stadt Wolfsburg 34,7 %. Die Bruttowertschöpfung ergibt sich aus dem Gesamtwert der im Produktionsprozess erzeugten Waren und Dienstleistungen abzüglich der Vorleistungen, also der im Produktionsprozess verbrauchten Waren und Dienstleistungen. Ums auf Regionen zu beziehen, schaut man dann noch auf die Pro-Kopf-BWS. Was will uns das Ganze sagen? Faule Bande die Celler? Ach nee, vielleicht nur: Nicht gerade Boom-Town, wo wir leben - aber das wussten wir vorher schon.

## SVO dreht an der Preisschraube

Zum 1. Oktober will die SVO den Erdgaspreis um einen halben Cent pro Kilowattstunde erhöhen. Die Rechtfertigung war mal wieder reif für den Münchhausen-Preis; SVO Geschäftsführer Heinrich Wiederhold:

Man verdiene keinen Cent an den steigenden Gaspreisen, sonder gebe ausschließlich gestiegene Beschaffungskosten weiter. Dass sich daran aber der Mutterkonzern E.on bzw. dessen Aktionäre eine goldene Nase verdienen, verschwieg er geflissentlich.

## Quotenhengste

Am Samstag vor der Wahl überraschte uns die CDU mit einer Wahlanzeige in der CZ, in der unter der Überschrift: "Unser Landrat - unser Team" die Portraits von acht Herren abgebildet waren. Unter ihnen "DJ Landrat" Klaus Wiswe. Ach ja: Ganze drei Frauen zählt die 26-köpfige CDU-Kreistagsfraktion nach der Wahl.

## Der Fall "Ernst Meyer"

Jetzt soll gutachterlich geprüft werden, ob Opa ein Nazi war. Der Aufsatz von Mijndert Bertram zu Celles ehemaligem Nazi-Oberbürgermeister Ernst Meyer in der jüngsten Ausgabe der "Celler Chronik" hat für einige Aufregung im konservativen Milieu gesorgt. Eine Tochter von Meyer verlangte eine Entschuldigung von dem die Chronik herausgebenden Museumsverein; einige Mitglieder droh(t)en mit Austritt, das Vorstandsmitglied Hans-Wolfgang Saager wurde von der Mitarbeit im Vorstand ausgeschlossen. Die Verwaltungsspitze der Stadt hat deshalb jetzt Hans-Ulrich Thamer von der Uni Münster damit beauftragt, die Rolle Meyers zu erforschen. Thamer will einen Doktoranten auf das Thema ansetzen. Auf der Ebene historischer "Fakten" dürfte der Aufwand kaum lohnen; die wesentlichen Aspekte hat Bertram dargelegt. Es geht also einzig um die Frage der Bewertung des Handelns von Ernst Meyer. Und dabei war Bertram sogar vergleichsweise zurückhaltend. Wenn bei der "in Auftrag" gegebenen Arbeit aber eine tiefere Untersuchung von kleinstädtischem kommunalem Verwaltungshandeln im

Nationalsozialismus herauskäme, würden sich die "Verteidiger" Meyers noch wundern: Denn Opa war nun mal ein Nazi, und das an exponierter Stelle. - Bis auf die FDP wollten bei der Befragung durch die CZ alle Parteien die Ernst-Meyer-Allee umbenennen. Die CDU machte keine Angaben, wollte aber wie alle anderen außer der FDP ein Denkmal für die Opfer der "Hasenjagd" und des Bombenangriffs.

## Der Verlierer

Mit anderthalb Ideen machte Roger Scherer, Geschäftsführer von Dettmar und Müller einen richtiggehenden Persönlichkeitswahlkampf. Einige tausend Euro mag er in Wahlkampfanzeigen in der CZ gesteckt haben für seine Visionen, die "Eislaufbahn für Celle" und "Pro Zentro". Geklappt hat es nicht.

## Celler in Härtefallkommission

Nach langem Zögern richtete die niedersächsische Landesregierung jetzt doch noch eine so genannte Härtefallkommission für abgelehnte Asylbewerber ein. Zu den neun Mitgliedern gehört auch der Celler CDU-Politiker und frühere Geschäftsführer des Nds. Gemeindebundes, Wulf Haack. Von dem Vorsitzenden der Haesler-Stiftung war zwar in Sachen Flüchtlingsschutz bisher wenig zu hören, aber das kann man bei einem CDU-Politiker ja erst mal eher positiv sehen. Das Gremium selbst soll in Einzelfällen darüber entscheiden, ob Flüchtlinge, die vor der Abschiebung stehen, doch noch ein Aufenthaltsrecht bekommen können. Doch welcher "Fall" überhaupt vor das Gremium kommt, entscheidet der von Innenminister Schünemann benannte Vorsitzende Frank Frühling, ein - wie es heißt - "Spezie" des Abschiebers Schünemann. Und die Kriterien sind derart hartherzig, dass man davon ausgehen muss, dass das Gremium nicht viel "Arbeit" haben wird.

# Verdrängt-vergessen-erinnert

esEin typischer Fall von Selbstzensur: Der "Autorenselbstverlag" lehnt die Veröffentlichung eines Buches mit der Begründung allzu großer Bürgerlichkeit ab; - acht von elf Autoren jedoch sind aktive Sozialisten...

.. so geschehen im Jahre 1972 in Stockholm; das Buch trägt den Titel "Die Schweden und ihre Einwanderer", Herausgeber der ehemalige Cellar Karl Heinz Bolay.

Diese Publikation fällt mit der Gründung des ab 1975 nach dem Orte Borås umgezogenen Immigrations-Instituts zusammen. Heute bezeichnet sich das Institut als der Welt größtes Zentrum zur Dokumentation von Migrationsproblemen; gemeinsam mit dem Zentrum gegen Rassismus in dem Einwandererhaus gelegen, betreibt das Zentrum unter [www.immi.se](http://www.immi.se) unter anderem eine in der Tat umfassende Enzyklopädie. Darüber hinaus werden Werke von über 1000 Einwanderer- oder Minderheiten- AutorInnen aus 99 Ländern in 55 Sprachen katalogisiert. Gegenwärtig beschäftigt das Immigrationsinstitut einen Sekretär und eine Halbtagskraft für die große Bibliothek (nach eigenen Angaben wären hier jedoch mindestens zwei volle Stellen notwendig), da es sich als NGO versteht, ist Geldknappheit ohnehin ein Dauerthema: im Frühjahr 06 bestand die Gefahr der Schließung, denn - gefördert u.a. vom schwedischen Kulturrat- es blieben auch die obligatorischen Spenden der schwedischen Sozialdemokratie aus ; - aus gutem Grunde: die nationale Migrationsbehörde (styrelsen) weigert sich permanent, die

wissenschaftliche Seriosität der Einrichtung anzuerkennen, ist seinerseits jedoch diejenige Institution, welche am häufigsten Zugriff auf den Datenbestand nimmt; und hat die styrelsen sieben nationale Rechtsvorschriften für MigrantInnen auf der eigenen Webseite, so kennt das Immigrationsinstitut. deren 50 - mensch kann erahnen, welche Auskünfte die größere Hilfestellung zu leisten vermögen.

Noch ein Nachtrag zum vergessenen Bolay (geb. 1914 in Saarbrücken - in den 50ern in Celle - Anfang der 70er nach Schweden ausgewandert - dort gestorben 1993) war von Haus aus Bibliothekar, gründete in der neuen Heimat auch Bibliotheken in kleineren Städten und veröffentlichte v.a. Lyrik (aber auch "Kampfballaden gegen Atomenergie und Umweltverschmutzung"); später Übersetzungen aus dem Schwedischen, Finnischen und Italienischem u.a. des Nobelpreisträgers Salvatore Quasimodo; Briefwechsel mit Nelly Sachs und Kurt Tucholsky.

Im Invanderarhuset in Borås ist liebevoll ein Bolay-Gedenkraum eingerichtet, der seine gesammelten Werke, Teile seiner eigenen (auch: religionskritischen) Bibliothek sowie Briefdokumente und persönliche Erinnerungsstücke zeigt.

Erinnerung - verdrängt - Vergessen  
GEPUNKT

---

In Berlin-Pankow erster Tempel des neuen Kults eröffnet

## Kirche für Spaghettimonster

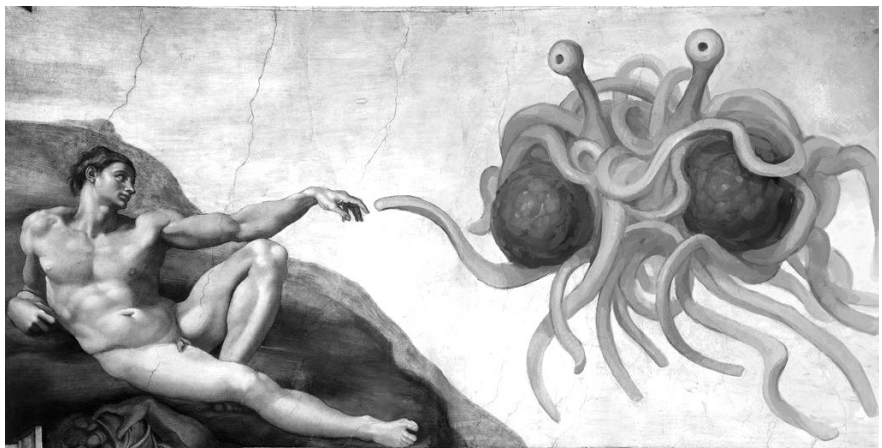
Lothar Bassermann

Passend zur päpstlichen Heimsuchung Deutschlands ist Berlin um eine religiöse Attraktion reicher: Rund 100 Anhänger des "Fliegenden Spaghettimonsters" eröffneten am Samstag abend im Pankower Jugendzentrum JUP die erste Glaubensstätte der vorwiegend in den USA beliebten Spaßreligion. Stirbt ein sogenannter Pastafari, winkt im Himmel ein Biervulkan und eine Stripperfabrik. Auf Erden essen sie vorwiegend Nudeln mit Fleischbällchen und lesen Kochbücher vor- und rückwärts.

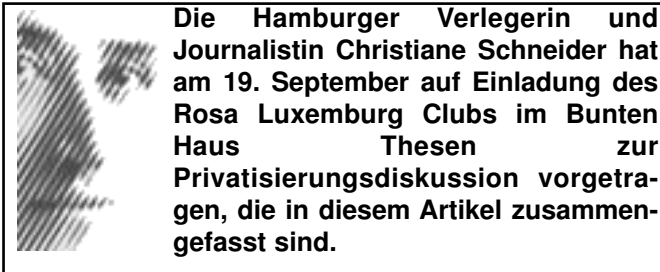
In den USA hat sich die Pastafari-Bewegung dem Kampf gegen den Vormarsch des fundamental-christlichen Spuks in den Wissenschaften und Universitäten verschrieben. Es wurde sogar die Anerkennung als Religionsgemeinschaft mit dem Argument beantragt, für die Existenz des Spaghettimonsters gebe es

mindestens so viele Beweise wie für die Existenz Gottes. Kommunikation und Mitgliedergewinnung erfolgen vorwiegend über Weblogs. Auf einigen dieser Blogs winken Preise für den Beweis, daß Jesus nicht der Sohn des Spaghettimonsters ist.

aus: Junge Welt, 11.09.2006



# Kritische Anmerkungen zur Privatisierungsdiskussion



**Die Hamburger Verlegerin und Journalistin Christiane Schneider hat am 19. September auf Einladung des Rosa Luxemburg Clubs im Bunten Haus Thesen zur Privatisierungsdiskussion vorgetragen, die in diesem Artikel zusammengefasst sind.**

In einer Zeit, in der immer mehr öffentliche Güter von Privatisierung bedroht sind, mag es auf den ersten Blick eigenartig erscheinen, sich mit der strukturierenden Gewalt öffentlicher Güter kritisch auseinanderzusetzen. (1) Steht nicht ihre (fast schon bedingungslose) Verteidigung an? Wenn marktradikale Kräfte vertreten, dass Markt und Wettbewerb die Leistungen der "öffentlichen Daseinsvorsorge" kostengünstiger, effizienter und effektiver bereitstellen könnten, dann heben sie auf ein bestimmtes Leitbild ab.

Ein Leitbild, das sich an einem aus gesellschaftlichen Abhängigkeiten weitgehend gelösten Individuum orientiert, das mit ausreichend Kapital ausgestattet ist und das die Schule für den Nachwuchs oder die zukünftige Altersresidenz ähnlich auswählt, wie es einen neuen Wagen kauft oder Urlaub bucht. Die marktradikale Politik der Privatisierung schneidet all jene von Daseinsbedingungen ab, die diesem Leitbild nicht entsprechen.

Aber auch in die Konzeption der öffentlichen Güter und ihrer Struktur, wie sie vorgefunden wird, ist eine ganz bestimmte Vorstellung von gesellschaftlichem Dasein eingeschrieben. Und nicht nur das: Die Struktur öffentlicher Güter strukturiert wiederum das gesellschaftliche Dasein - strukturiert also auch jede einzelne Person. Deshalb kann es nicht einfach darum gehen, Angriffe, mit denen wir in Gestalt von Privatisierung konfrontiert sind, abzuwehren oder die Ausweitung staatlichen Eigentums einzufordern, als seien Staat und staatliches Eigentum der Inbegriff menschlicher Vergesellschaftung. Die linke Diskussion und

Auseinandersetzung mit der Politik der Privatisierung darf die Frage der Emanzipation des Menschen, seiner Befreiung aus Abhängigkeit nicht aus dem Auge verlieren.

In "Was ist und welchen Zweck hat Privatisierung" (ak 507) sind bereits die beiden entscheidenden Kriterien genannt, die die öffent-

lichen Güter von Marktgütern unterscheiden: das Prinzip der Nicht-Rivalität im Konsum und das Prinzip der Nicht-Ausschließbarkeit. (2) Der vorliegende Beitrag soll einen anderen Unterschied zur Sprache bringen. Der Kauf einer Ware ist zunächst ein ökonomischer Akt zum Zweck des Konsums. Ob und was man kauft - oder eben nicht - hängt vor allem von zweierlei ab: vom verfügbaren Einkommen und in den damit gesetzten Grenzen vom Geschmack sowie von Vorlieben, die man ausgeprägt hat. Dabei sind jedoch weitere Einschränkungen zu machen. Eine ergibt sich aus den ausführlichen Untersuchungen Pierre Bourdieus, der nachgewiesen hat, dass der Kauf einer Ware keineswegs nur ein ökonomischer Akt ist. (3) Vielmehr übernimmt der Konsum auch die Funktion von "Signalements", wie er es nennt - Personenbeschreibungen, d.h. Stilmerkmale und Stilisierungen. Marktgüter fungieren somit vielfach als Symbole der (sozialen) Zugehörigkeit und Unterscheidung. Beispielsweise beim Kauf von Kleidung, aber auch von Autos: Es ist klar, wer sozial gemeint ist, wenn von Manta-Fahrern die Rede ist. Ein weiteres Beispiel verdeutlicht die These Bourdieus, dass scheinbar individuelle Kauf- bzw. Konsumententscheidungen Ausdruck von sozialen Lagen und der durch sie bedingten Lebensstile sind. In den 1960er Jahren kamen im Zusammenhang mit der Jugendbewegung Jeans als "Einheitskleidung" für Männer und Frauen in Mode. Hintergrund waren beträchtliche Änderungen der sozialen Struktur ab Beginn der 1960er Jahre. (4) In einer Zeit, in der in Mädchenschulen noch oft verboten war, überhaupt Hosen zu tragen, symbolisierten Jeans die Zugehörigkeit zu einer gesellschaftlichen Strömung, die sich gegen die starre soziale Hierarchie wie gegen das traditionelle Geschlechterverhältnis auflehnte.

Es kann eine weitere Einschränkung der Aussage gemacht werden, dass der Konsum durch Einkommen und persönliche Vorlieben bestimmt wird. Diese betrifft die Kritik, die unter dem Stichwort "Konsumterror" geübt wird. Diese thematisiert u.a. die Werbestrategien, die Menschen dazu bringen, Waren zu kaufen, die sie in Wirklichkeit nicht brauchen. (5) Aber trotz dieser durchaus erheblichen Einschränkungen bestehen im Konkreten nahezu immer Wahlmöglichkeiten. Das ist dagegen bei öffentlichen Gütern und Dienstleistungen nicht der Fall.

Ein Beispiel: Ende des Jahres 2005 meldete der Deutsche Städte- und Gemeindebund, dass die Zahl der "Schulverweigerer" inzwischen bei 300.000 liegt. Zehn Prozent der Jugendlichen eines Jahrganges verließen die Schule ohne Abschluss. Ohne die Bedeutung unterschiedlich gelagerter Ursachen zu leugnen, lässt sich sagen, dass die wesentliche Ursache dafür in den Erfahrungen liegt, die die jungen Menschen mit der Schule machen. Nicht diese oder jene Schule versagt, sondern das Schulsystem, das eine



solche Zahl von "Verweigerern" hervorbringt. Man könnte sagen, dass die Kinder und Jugendlichen mit der öffentlichen Institution Schule zutiefst "unzufrieden" sind. Aber diese massenhaft durch Verweigerung dokumentierte "Unzufriedenheit" wirkt auf das Schulsystem nicht zurück. Die jungen Menschen, die in der Schule und dem Schulsystem nicht zurechtkommen, haben keine Wahl. Es lässt sich somit die These formulieren, dass das Angebot der öffentlichen Güter für die Individuen nicht nur als schicksalhaft, unausweichlich erscheint, sondern zunächst auch tatsächlich ist. Sie können, anders als auf dem Markt, nicht ausweichen - gerade dann nicht, wenn sie auf bestimmte Leistungen angewiesen sind. Um auf die öffentlichen Güter und ihre Struktur Einfluss zu nehmen, sind Reflexionsprozesse und politischer Kampf nötig.

## Öffentliche Güter als gesellschaftliche Praxis

Der Zwang, der vom Markt ausgeht, ist groß. Aber mit der Härte, mit der die Struktur der öffentlichen Güter auf die Lebensprozesse wirkt, ist er nicht zu vergleichen. Die härtesten Wirkungen liegen nicht einmal unbedingt offen zu Tage, weil sie als besonders schicksalhaft, also unausweichlich erscheinen. Das soll anhand von zwei Gesichtspunkten ausgeführt werden.

Die im 19. Jh. entstandene moderne Stadtplanung mit all ihren Facetten - von einem neuen Bodenrecht über Baurecht und Baupolizei, Gesetze zur öffentlichen Gesundheit, Kanalisation, Wasserversorgung, Müllabfuhr, Anlage von Straßen, Plätzen und öffentlichen Grünanlagen, Raumordnungskonzepte, Entwicklung neuartiger Verkehrssysteme bis hin zum Kasernenbau - beförderte rasant die Herausbildung einer Lebensweise, die durch die Trennung von Arbeit und Wohnen und vor allem durch die Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit geprägt ist. Diese Trennung strukturiert in hohem Maße das Leben der Menschen. Ihre gesellschaftliche Praxis reproduziert diese Trennung. So setzte sich im Zuge der Trennung von Öffentlichem und Privatem die Kleinfamilie durch, die den Kern der Privatsphäre der bürgerlichen Gesellschaft bildet.

Es gab auch Gegenentwürfe: Der Frühsozialist Charles Fourier etwa entwarf als kleinste Form zukünftiger Gesellschaft die so genannte Phalanstère, einen genossenschaftlich organisierten Palast, der in einem Teil Einrichtungen wie Beratungssäle, Bibliotheken, Lesesäle, Börse, Spielsäle, in einem anderen Werkstätten, in einem dritten eine Karawanserei und Orte zu Treffen mit Fremden usw. beherbergte. Der Gegenentwurf setzte sich nicht durch, auch wenn die Phalanstère kein reines Luftschloss blieb, sondern Mitte des 19. Jh. in der durch den Unternehmer Jean-Baptiste André Godin errichteten Familistère Gestalt annahm, die Wohnen und Arbeiten, Kindergärten, Bildungseinrichtungen, öffentliche Bäder, Restaurants, Kultureinrichtungen und Wirtschaftsgebäude in einem einzigen Komplex vereinte.

Die Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit ist tatsächlich alles andere als schicksalhaft und unausweichlich. Sie ist historisches Resultat gesellschaftlicher Praxis, sie manifestiert sich in der Struktur der Städte, der öffentlichen



Güter und Einrichtungen und sie strukturiert ihrerseits gesellschaftliche Praxis.

Der zweite Gesichtspunkt hebt auf den disziplinierenden Charakter ab, der in die öffentlichen Einrichtungen eingeschrieben ist. Die Herausbildung der Disziplinarmächte im Zusammenhang mit der Zerlegung des Produktionsprozesses und der Geburt der Großindustrie ist von Michel Foucault herausgearbeitet worden. (6) Neben den Fabriken mit ihrem strengen Regime entsteht ein ganzes System von öffentlichen Institutionen - v.a. Gefängnis, Krankenhaus, Schule -, die das gesamte Dasein disziplinieren. (7) Aber man muss nicht einmal auf diese mehr oder weniger offensichtlichen Disziplinarmächte abheben, sondern kann dies auch am Beispiel des öffentlichen Straßenbaus zeigen. In Hannover etwa, wo man die Flächennutzung über einen längeren Zeitraum ermittelte, wurde Mitte des letzten Jahrhunderts jährlich ein weiteres Prozent der Innenstadtfläche in öffentliche Straßen umgewandelt. Der Anteil wuchs bis Ende der 1950er Jahre auf 43,6 Prozent der Innenstadtfläche mit einschneidenden Folgen nicht nur für den Verkehr, sondern auch für Wohnen und das gesamte Leben.

Man kann die im Zusammenhang mit der Industrialisierung entstandene moderne Stadtmaschine mit ihrer sich im 19. Jh. entwickelnden Stadttechnik, der Schaffung öffentlicher Einrichtungen und Dienstleistungen als Schritt zur Befreiung von knechtender Arbeit verstehen: Man musste sein Wasser nicht mehr vom Brunnen holen, denn es entstanden Wasserwerke; man musste kein Brennholz mehr schlagen, denn Gaswerke gehörten zu den ersten kommunalen Versorgungsbetrieben; man musste nicht mehr zu Fuß gehen, da seit Mitte des 19. Jh. die ersten U-Bahnen gebaut wurden usw. Gleichzeitig trugen all diese Einrichtungen dazu bei, ein Maximum an Zeit aus den Menschen herauszuholen bzw. freizusetzen. Die Solidarität z.B. mit Hilfsbedürftigen, die früher im Familienverband oder in Nachbarschaften organisiert war, wurde, wo die privaten Hilfssysteme an ihre Grenzen stießen, in öffentlichen Einrichtungen organisiert und durch Umlage finanziert. Man kann es so ausdrücken: Die Solidarität wurde von der Zeit- auf die Geldwährung umgestellt. Das hat lange einigermaßen funktioniert und zur Entwicklung bis dahin ungeahnter Lebensstandards geführt sowie zu einer enormen Ausweitung persönlicher Freiheiten.

## Struktur der sozialen Spaltung

Gleichwohl hat sich diese Entwicklung sozial sehr unter-

schiedlich ausgewirkt. Die Freisetzung eines Maximums an Zeit war eine Bedingung für den Siegeszug der kapitalistischen Produktionsweise, der industriellen Produktion, die die Lebenszeit der Massen in Arbeitszeit für das Kapital wandelte, wie Marx im "Kapital" analysierte. Anders beim Bürgertum, das Zeit hinzugewinnt. Hier hilft es, auf Bourdieu zurückzugreifen, der den Begriff des Kapitals als gesellschaftliches Verhältnis auf alle seinen Erscheinungsformen anwendet und zwischen ökonomischem, kulturellem und sozialem Kapital unterscheidet. Das kulturelle Kapital, um das es in diesem Zusammenhang geht, ist Ergebnis von Akkumulation von "Kultur" im Sinne von Bildung. In diesem Prozess der Akkumulation spielt die Zeit eine entscheidende Rolle: Das kulturelle Kapital, über das jemand verfügt, hängt von der Dauer seines Bildungsprozesses ab und von den Umständen, unter denen er stattfindet. Studien geben Aufschluss über die Bildungsarbeit, die das Bürgertum im 19. Jh. vornimmt - es kommt die Rede auf von Bildung der "Persönlichkeit". "Kultur" wurde somit auch und gerade Mittel der Unterscheidung "nach unten".

## Alternativen zu öffentlichen Gütern

Diese Bildungsarbeit schafft sich auch ihre öffentlichen Einrichtungen. Die allgemeine Schulpflicht war zu Beginn bzw. Mitte des 19. Jh. in Deutschland durchgesetzt. Kernstück der humboldtschen Reformen war das Gymnasium als Ort der humanistischen Bildung, d.h. einer -ziemlich umfassenden - allgemeinen Menschenbildung. Es blieb dem Nachwuchs der herrschenden Klassen vorbehalten, während die Volksschule den "Volksklassen", die in dem industriellen Produktionsprozess Kenntnisse und Disziplin benötigten, Lesen, Schreiben, Rechnen, Gottesfurcht, Tugend und Zucht vermitteln sollte. Hier wurden die Grundlagen für die selektierende Funktion des öffentlichen Bildungswesens gelegt, die bis heute - trotz aller Reformen und Änderungen - fortwirken. (8) Eine weitere selektive Dimension kommt hinzu: Das Bildungswesen ist, wie auch andere öffentliche Güter, auf Traditionen und Praktiken abgestimmt, die sich in Deutschland entwickelt haben; es diskriminiert andere kulturellen Traditionen und Praktiken und bleibt in einem hohen Maße für Menschen mit Migrationshintergrund unzugänglich. Heute ist die Abhängigkeit des persönlichen Lebens von öffentlichen Gütern nicht etwa gelockert, sondern um ein



Vielfaches angewachsen. Der Lebensprozess der Einzelnen ist in noch nie gekanntem Ausmaß auf Daseinsvoraussetzungen, Strukturvorleistungen und Güterzuteilungen der Gesellschaft angewiesen. Die Individualisierung führt nicht einfach zu mehr Selbstständigkeit, sondern zu größerer Abhängigkeit. Die aktuelle Forderung nach Ganztagschulen etwa ergibt sich ja nicht aus der gewachsenen Selbstständigkeit der jungen Generation, sondern aus dem Mangel an Zeit und Vermittlungsfähigkeit der älteren Generation.

Die herrschende Politik zielt in den Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, in denen öffentliche Güter und Leistungen von Belang sind, auf sehr verschiedene Weise darauf ab, die Wahlmöglichkeiten und Freiheiten der oberen sozialen Klassen zu erweitern. Das tut sie zu Lasten der unteren sozialen Klassen. Durch Privatisierung öffentlicher Güter drohen sie von Leistungen ausgeschlossen zu werden<sup>1</sup>, auf die sie angewiesen sind. Ihre Freiheit wird brutal bedroht. Aber es genügt nicht, eine Kritik zu führen, die diese Bedrohung angreift. Angesichts der strukturierenden Gewalt des Angebots öffentlicher Güter können diese nicht umstandslos verteidigt werden, sondern die Kritik muss auf die Struktur dieses Angebots selbst zielen.

## Menschliche Emanzipation nicht aus den Augen verlieren

Ein Beispiel: Die Privatisierung öffentlicher Heime beraubt ärmere Menschen des Rechts, im Zustand der Hilfsbedürftigkeit auf Grund von Alter, schwerer Krankheit oder Behinderung Hilfe zu erhalten. Die staatlichen bzw. kommunalen Heime müssen Hilfsbedürftige aufnehmen, private nicht, und wer nicht zahlen kann, hat das Nachsehen. Andererseits sind die Zustände in vielen dieser staatlichen Einrichtungen - Personalmangel, Qualitätsdefizite, Entrechtung - bekannt. Es hat vor einigen Jahren mit der "Heim-Enquete" eine Initiative zu einem gesellschaftlichen Umbau in diesem Bereich des Sozialen gegeben, der die Partizipation und Selbstbestimmung der Betroffenen unterstützt und dazu öffentliche Unterstützung bereitstellt. So sollten als Alternativen zum Heimsystem ambulante, Viertelbezogene Wohngruppen errichtet, also das Heimsystem mit seinen Eingriffen in die Persönlichkeit der ihm Unterworfenen in der Tendenz aufgelöst werden. Das ist vorerst gescheitert, aber es gibt in verschiedenen Kommunen Bewegungen, die bisher zu vielen hundert solcher kommunalen Wohnpflegegruppen geführt haben, die zu ganz erheblichen Teilen von den zu Pflegenden selbst geführt werden. Die "Heim-Enquete" wird gegenwärtig von verschiedenen Verbänden und Selbsthilfeorganisation und auch der Linksfraktion im Bundestag wieder aufgegriffen.

Allgemeinrezepte gibt es jedoch nicht. Die Auseinandersetzung muss konkret geführt werden. Einmal darüber, welche Rechte und welche Ansprüche des Einzelnen an die Gesellschaft im Konkreten unverzichtbar sind. Zum anderen darüber, wie die öffentlichen Güter beschaffen sein müssen, damit die Menschen, die sie in Anspruch nehmen und nehmen müssen, nicht Objekte sind, die sich an vorgegebene staatliche Regeln anzupassen haben und fremdbestimmten Bedingungen unterworfen werden, sondern Subjekte, die mit



anderen Subjekten kooperieren.

Christiane Schneider

Anmerkungen:

- 1) Der folgende Beitrag ist die überarbeitete, gekürzte Fassung eines Vertrags im Rahmen eines Bourdieu-Seminars, das das Rosa-Luxemburg-Bildungswerk Hamburg im Februar 2006 durchführte.
- 2) Von freien Gütern unterscheiden sich öffentliche Güter dadurch, dass sie bereitgestellt werden müssen. Ihre Bereitstellung verursacht Kosten, die im Wesentlichen durch Umlage aufgebracht werden.
- 3) Pierre Bourdieu: Die feinen Unterschiede. Die Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt a.M. 1982
- 4) Zum Beispiel "Öffnung des sozialen Raums", Änderung der Berufsstruktur, Beginn der Bildungsreform, Zunahme der Abiturienten und Studierenden auch aus zuvor "bildungsfer-

nen" Schichten, Anwachsen der Frauenerwerbstätigkeit u.a.m.  
5) Hier ist das Stichwort "falsche Bedürfnisse" u.a. in Herbert Marcuses "Der eindimensionale Mensch".

6) Michel Foucault: Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses. Frankfurt a.M. 1994

7) Am Beispiel der Schule: Einteilung in Klassen, Überwachung durch den hierarchischen Blick des Lehrers, normierende Sanktion, Benotung, Prüfung.

8) Vgl. hierzu den Beitrag von Torsten Bultmann im Schwerpunkt zu Privatisierung in ak 507.

Aus: analyse & kritik, Nr. 508 vom 18. August 2006

<http://www.akweb.de/>

**analyse & kritik**

## LITERATUR

Matthias Blazek

### Das niedersächsische Bandkompodium 1963–2003



Das erste "Rocklexikon" muss in Deutschland so Mitte der 1970er Jahre erschienen sein. Es ging um Bands von A wie Abba bis Z wie ZZ-Top, Bandmitglieder, knappe stilistische Einordnung, Discographie - und bei allem Bemühen um Sachlichkeit waren die Vorlieben und Abneigungen der Autoren doch klar erkennbar. Ein

"Rocklexikon" musste neben der Faktenhuberei allein schon über die getroffene Auswahl subjektiv sein. Und subjektiv ist auch Blazeks "Bandkompodium". Klar: Wer sich vornimmt, 100 Bands vorzustellen, muss (und will am Ende auch) eine Auswahl treffen.

Für Celler LeserInnen ist dabei ganz erfreulich, dass 13 davon aus dem hiesigen Landkreis kommen. Das ist aber nicht deren besonderer musikalischer Qualität geschuldet, sondern eher dem Geburts- und auch heutigen Wohnort des Autors. Dabei sind The Barking Bats, Blomqvist, Dear, Disguising Grace, Indeed, Keltics, Lemon Jam, Lucy's Nightmare, Mary's Forbidden Dreams, Out of Tune, Penguins of Broadway, Primate Pookie, Klaus Schulze. Nun mag man darüber streiten, was Out of Tune oder Lucy's Nightmare neben Sarah Connor, den Scorpions oder Fury in the Slaughterhouse zu suchen haben und warum dann Wonderprick oder Rasta Knast nicht dabei sind. Aber was soll's? Subjektivität ist das erste Gebot von Popmusikjournalismus. Und selbst wenn das Buch im Untertitel "Daten und Fakten von 100 Rockgruppen aus Niedersachsen" verspricht - die Artikel über die einzelnen Bands sind durchgängig eher journalistisch gehalten, erzählen zumeist lieber Geschichten als Bandgeschichte und dies gelegentlich sehr nah an den eigenen Infos der Bands. Der Lesespaß funktioniert vor allem darüber, dass die Artikel

Erinnerungen aktivieren: Welche der vorgestellten Bands hat man mal wann und wo gesehen?

Da ein Überblicksartikel fehlt, kann man sich im übrigen beim Durchblättern die Frage stellen, ob es in bestimmten Regionen von Niedersachsen mal Entwicklungen gab, die in bestimmten Phasen eine "XY-Szene" hervorgebracht haben, also im nationalen Geschehen mal herausragten? Da fällt auf, dass mit Eloy, Jane, Scorpions und Victory Hannover als eine Hochburg des "melodischen Hardrock" gelten kann und dann als Gegenpol einige der kreativsten Punkrock-Bands aus der "Leinemetropole" (Musikjournalistenslang) gekommen sind. Blazek erinnert hier dankenswerterweise an Bärchen und die Milchbubies, Hans-a-Plast und Rotz-Kotz. Großartige Bands, von deren LPs man fast ohne Einschränkung behaupten könnte: Wiederhören macht Freude. Die Hildesheimer Blueszene dagegen kommt etwas kurz; so fehlt Das Dritte Ohr, Lösekes Blues Gang und B.B. and the Blues Shacks. Freude an dem Buch wird haben, wer gerade nicht auf einem Lexikon/Kompodium-Charakter besteht, sondern dem scheinbar Zufälligen etwas abgewinnen kann. Und irgendwann ist's auch lustig, dem Geheimnis auf die Spur zu kommen, warum sich ein knappes Dutzend Bands unter den "100" finden, von denen man eigentlich nie zuvor etwas gehört hat: Es sind Bands, in denen der Autor mal gespielt hat oder die in irgendeiner Weise mit diesen verbündelt sind.

Fazit: Das Buch hält vor allem, was es nicht verspricht.

Realisiert wurde das Projekt in Zusammenarbeit mit der Celler Axel-Bruns-Schule, die Satz, Druck und buchbinderische Verarbeitung übernommen hat; der Verkaufserlös kommt dem Verein Brennessel e.V. gegen sexuelle Gewalt an Kindern und dem Förderverein der Axel-Bruns-Schule zugute.

Matthias Blazek: Das niedersächsische Bandkompodium 1963-2003. Celle 2006, 216 Seiten, 14,90 Euro, ISBN-10: 3-00-018947-5 / ISBN-13: 978-3-00-018947-0.

# Zum 100. Todestag von John Most



John Most, 1877

Fast hätten wir den 100. Todestag von John Most verpasst, jenes vielleicht in Deutschland meistgelesenen Anarchisten. Der Autor der kleinen antiklerikalen Schrift "Die Gottespest" war im Jahr 1906 im Alter von 60 Jahren in Cincinnati (USA) gestorben.

Als Johann Most in Augsburg geboren, lernt er zunächst den Beruf des Buchbinders. Schon während der Lehrzeit bekommt er erstmals 24 Stunden Arrest aufgebremmt, weil er sich weigert, der Verpflichtung zum

Gottesdienstbesuch nachzukommen und zudem andere Lehrling entsprechend agitiert. Von 1863 bis 1868 ist er als "reisender Handwerker" in ganz Deutschland und der Schweiz unterwegs, wobei er u.a. in die Lüneburger Heide kommt. Ab 1869 arbeitet er in Wien, wo er sich intensiv in die Kämpfe der entstehenden Arbeiterbewegung einmischte, und schon 1870 wegen Hochverrats angeklagt und zu fünf Jahren Kerkerhaft verurteilt wird. Nach einer Amnestie nimmt er seine Agitation wieder auf, wird daraufhin aber im Mai 1871 aus Österreich ausgewiesen. In Chemnitz arbeitet er als Redakteur der sozialdemokratischen "Freien Presse". 1872 und 1873 muss er bedingt durch seine aufrührerische Agitation erneut mehrere Monate im Knast absitzen. 1874 wird er zum Reichstagsabgeordneten gewählt, landet aber nur kurze Zeit darauf erneut für 19 Monate im Gefängnis Plötzensee Berlin. Nach der Haftentlassung bleibt er 1876 als Redakteur der "Freien Presse" in Berlin, trotzdem wird er 1877 im "roten Chemnitz" erneut in den Reichstag gewählt. Das Bismarcksche "Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" vom Oktober 1878 führt auch zum Verbot der sozialdemokratischen Zeitschriften; John Most ist nicht nur seinen Job los, er wird zudem aus Berlin ausgewiesen. Er emigriert nach London und gibt hier die Zeitschrift "Die Freiheit" heraus, die illegal ins Deutsche Reich gebracht wird. Doch die deutschen Genossen können mit seiner kämpferischen Agitation wenig anfangen, die "Freiheit" sei zu revolutionär und würde mit ihrer aufreizenden Sprache die Politik der deutschen Sozialdemokratie gefährden - 1880 wird Most aus der SPD ausgeschlossen. Als er im März 1881 ein geglücktes Attentat auf den russischen Zaren bejubelt, lernt er auch die englische Justiz kennen: 16 Monate Zwangsarbeit.

1883 wandert er in die USA aus und gibt von New York

aus weiter "Die Freiheit" heraus, die eine der klassischen Zeitschriften des Anarchismus wird und mit dem Untertitel "Internationales Organ der Anarchisten deutscher Sprache" erscheint. Das Ziel der Zeitschrift war klar formuliert: "Wir führen Krieg gegen das Privateigentum, den Staat und die Kirche - einen Krieg, dessen Ziel die völlige Zerstörung dieser Institutionen ist! [...] Nieder mit dem Staat! [...] Nieder mit der Kirche - mit allem Glaubenschwindel und Pfaffentrug!" Most bleibt bis zu seinem Tod Herausgeber; er stirbt auf einer seiner Agitationsreisen am 17.3.1906 in Cincinnati.

Seine heute bekannteste Schrift ist sicherlich "Die Gottespest", eine 1883 in New York erschienene, antireligiöse Kampfschrift. Zwei Jahre später veröffentlichte er die "Revolutionäre Kriegswissenschaft" mit dem Untertitel "Ein Handbüchlein zur Anleitung betreffend Gebrauchs und Herstellung von Nitro-Glycerin, Dynamit, Schießbaumwolle, Knallquecksilber, Bomben, Brandsätzen, Giften u.s.w., u.s.w.". Seine "Memoiren" aus dem Jahr 1903 sind heute antiquarisch greifbar, u.a. in einem hannoverschen Raubdruck aus dem Jahr 1978 - aber auch 2002 im Wiener Verlag Monte Verita unter der ISBN: 3-900434-17-4 zum Preis von 20 Euro wiederveröffentlicht worden. Wer sich für Mosts politische Theorie interessiert sollte aber auf "Die freie Gesellschaft" zurückgreifen, die der Verlag Unrast im Herbst in der Reihe "Klassiker der Sozialrevolte" herausgibt (ISBN 3-89771-911-8).

## John Most in Herrmannsburg "Heiliger Bimbam! Also ein Muckernest!"



In Hannover traf ich auf der Herberge einen Mann, der mich für eine Buchbinderei in Herrmannsburg engagierte, wo es mir, wie er meinte, sicherlich gut gefallen werde. Da er mir Reisegeld gab, beschloss ich, wenigstens eine Inspektion der betreffenden Bude vorzunehmen. Mit der Eisenbahn [43] / hatte ich bis nach der Station Unterliss, mitten auf der Lüneburger Heide plaziert, zu fahren - zwei Stunden Wegs davon lag Herrmannsburg.

Als ich ausstieg, bemerkte ich, dass die ganze Station eigentlich nur aus einer kleinen ländlichen Schenke bestand, in welche ich natürlich alsbald eintrat, umso schleuniger, als ein fürchterliches Schneegestöber herrschte. An einem Tische saßen zwei schwarz gekleidete junge Leute mit urblöden Gesichtern. Der Wirth stand am Ofen. Ich bestellte heißen

Grog.

"Wann kommt hier die Postkutsche für Herrmannsburg durch?" inquirierte ich den Kneipenhalter.

"Postkutsche" - na so was - Sie müssen ja recht gut bei Groschen sein - zu meiner Zeit wäre es keinem Wanderburschen eingefallen, an eine Postkutsche auch nur zu denken. Uebrigens gibt's hier so was überhaupt nicht."

"Auf welche Weise bekommen denn aber die Leute ihre Postsachen zugemittelt?"

"O, die besorgt jeden zweiten Tag der Landpostbote per Handwagen."

"Das muss ja ein allerliebster Kaff sein - dieses Herrmannsburg" rief ich ärgerlich, trank meinen Steifen und bestellte einen zweiten.

"Oho, Mann, schneiden Sie sich nur nicht in die Finger. Da ist eine grosse Missionsanstalt ..."

"Heiliger Bimbam! Also ein Muckernest!"

Die beiden Jünglinge schlugen die Augen empor, wie arme Seelen, welche der Teufel in den Hintern zwickte. "Ja, sprach der Eine davon salbungsvoll, da werden die Gnadenmittel der Kirche reichlich verabfolgt."

"Worauf aber Unsereiner gern verzichtet", ergänzte ich zum nicht geringen Verdruss der zwei Schwarzen, denen auch der Wirth durch Grimassen beipflichtete. Ich machte, dass ich fortkam, tappte lange im Schnee umher, und es war nahezu dunkel geworden, ehe ich Herrmannsburg erreichte, wo ich nach vielem Suchen mein Domizil endlich fand - eine in einem Bauernhofe untergebrachte Buchbinderei, in der indessen beständig drei Arbeiter beschäftigt waren. [44]

Die Sache war nämlich so: So ziemlich im Zentrum der Lüneburger Haide, einer Gegend von unsäglich und buchstäblich trockener Beschaffenheit, auf welcher ausser den Haideschnucken, verkrüppelten Schafen, welche sich, ähnlich den Ziegen aller Länder, sogar von armseligem Laubwerk zwerghaften Gestrüppes - dort Haidekraut genannt - zu ernähren vermögen, und Bienen, welche klein, aber emsig sind und demgemäss selbst das kleinste Blüthchen besagten Krautes so intensiv belutschen, dass der daraus entspringende Honig sogar eine gewisse Berühmtheit erlangte, nur Zweihänder von nahezu mondkälblicher Qualität gedeihen (wenigsten verhielt es sich damals so), liegt Herrmannsburg.

Ein gewisser Pastor Harms, der dort "Seelen" hütete, gerieth auf den schnurrigen Einfall, in diesem Haidedorf eine Brutanstalt für Missonäre zu errichten, mittelst welcher süd-afrikanischen Neger das Christenthum in den Leib gerieben werden sollte. Da der grösste Blödsinn, wenn mit Raffinement herausgesteckt, in der Regel, wenigsten eine Zeitlang, den stärksten Anklang findet, so gingen die Gimpel auch rasch auf diesen Leim.

Ein Bauer gab Haus und Hof her, Geld regnete es nur so herein, und an Vagabunden, welche Missonäre werden wollten, fehlte es auch nicht. So blühte das Geschäft famos. Es wurde ein grosses Gebäude errichtet, in welchem die Negerbekehrer beim Dutzend so schnell zugestutzt wurden, dass alljährlich 50 derselben auf die unglückseligen "Wilden" losgelassen werden konnten. Als bald richtete man auch eine Druckerei ein und gab ein Missionsblatt heraus, das binnen

Kurzem 20,000 Abonnenten musterte. Und da jeder Missionär eine Bibliothek mit auf den Weg bekam, so brauchte man auch Buchbinder an Ort und Stelle.

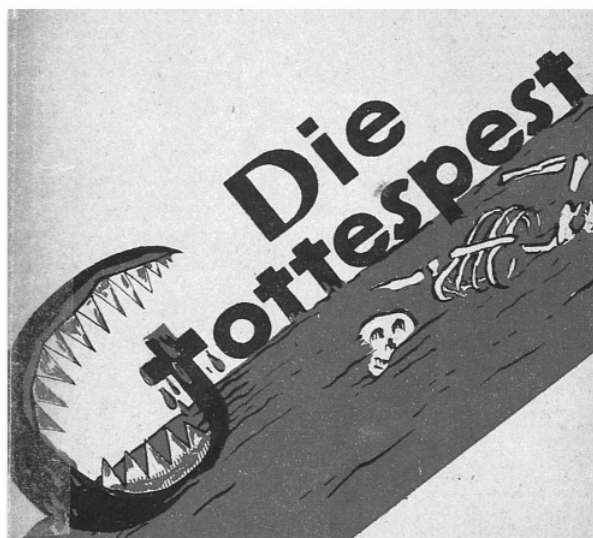
Da sollte nun ein Mensch, wie ich, sein Dasein fristen. Ich suchte und fand in dem etwa 1,000 Einwohner zählenden Dorfe sieben "fremde" Arbeiter, die ich mir alsbald insofern "kaufte", als ich sie vom Kirchenbesuche abwendig machte und veranlasste, gemeinsam mit mir an Sonntagen in der beiden Wirthshäusern des Ortes so viel Leben in die Bude zu bringen, dass noch nach vielen Jahren mit Entsetzen davon gesprochen wurde. (Im Jahre 1878 erhielt z.B. ein Berliner [45] / Pastor noch eine lange Epistel von dem Sohne des obgedachten Pastor Harms, worin meine "Schandthaten" aufgezählt wurden, und die der Berliner Herrgotts-Agent in einer grossen Volks-Versammlung - allerdings zum unerwarteten Gaudium derselben - vorlas.)

Uebrigens war die Sache verhältnissmässig harmloser Natur. Z.B. -: Eines Sonntags war grosse Abendpredigt zu Missionszwecken anberaumt, zu welcher die Bauern aus fünf Meilen im Umkreis herbei geströmt waren. Ich machte den Nachtwächter besoffen, nahm dessen Alarmhorn ab und blies weit und breit das Feuersignal, während meine Kumpane aus Leibeskräften "Feuer!" schrieten bis die ganze Kirchenversammlung von einer Panik erfasst wurde und auseinanderstob. Wir verzogen uns in unsere resp. Quartiere. Am nächsten Morgen aber fand man den Wächter der Nacht unter einem Baume fest entschlafen, das Horn so umgehängt, dass dessen spitzes Ende oberhalb des Schädels, wie der Zinken eines Nashorns, hervorragte.

Allgemein hatte man so einen Animus betreffs der Urheber des Skandals, konnte aber nichts beweisen. Zur Vorsorge wurden aber die Wirthe bewogen, uns keinen Schnaps mehr zu verkaufen.

Als die Frühlingssonne des Jahres 1866 zu scheinen begann, ward ich "des trockenen Tones satt", und im April flog der Vogel aus.

Aus: John Most, Memoiren. Erlebtes, Erforschtes und Erdachtes. Hannover 1978 (Reprint der Originalausgabe New York 1903-1907, S. 43-46.



Die Gottespest, Klassiker von John Most

## Anmerkungen zu einem Buch und einem Schulprojekt

## Hinrichtungen in Celle



Eine gewisse Skepsis gegenüber Klappentexten kann bekanntlich nicht schaden - "Realität, Heimatgeschichte und Spannung in einem: Matthias Blazek fesselt den Leser mit seinem neuen Werk >Hexenprozesse, Galgenberge, Hinrichtungen,

Kriminaljustiz im Fürstentum Lüneburg und im Königreich Hannover<: ... Ein Muss für den geschichtsbewussten Leser." Was auf 320 Seiten geliefert wird, ist etwas anderes. Der Heimatkundler aus Adelheidsdorf hat eine Art kommentierten Quellenband vorgelegt. Das Justizwesen, das Folter und Hinrichtungen vorsah, wird anhand des Sachsenspiels und der Gerichtsordnung Kaiser Karl V. vorgestellt. Die Dokumentation eines Vortrag des Oberappellationsrats Johann Nöldeke aus dem Jahr 1895 gibt eine Bestandsaufnahme der "Criminalrechtspflege in Celle, insbesondere im 16. und 17. Jahrhundert". Blazek stellt verschiedene Hexenprozesse vor, die mit Folter und Hinrichtungen endeten. Er macht die Leser mit den Orten von Verhören und Folter wie auch den Hinrichtungsstätten bekannt. Und er stellt eine Reihe von "Fällen" aus der Justizgeschichte des ehemaligen Fürstentums Lüneburg vor.

Verblüffen und irritierend ist allerdings, dass sich Matthias Blazek mit der Darstellung bzw. Dokumentation der Quellen begnügt. Nirgendwo wird die Frage erörtert, warum die feudale Gesellschaft mit Folter und Todesstrafe auf Devianz reagierte, warum Frauen als Hexen verfolgt und ermordet wurden, warum die Hinrichtungsarten letztlich die Folter verlängerten? Und auch bei den Quellen interessiert sich Blazek eigentlich nicht dafür, wer da aus welcher Perspektive und mit welchen Motiven über den "Fall" Bericht erstattet. Besonders deutlich wird dies am spektakulären Prozess gegen den Räuberbandenchef Nickel List und seiner Bande. Blazek referiert in aller Breite Verhörakten, ohne ein Wort zum Antijudaismus zu verlieren, dem sich die jüdischen Mitglieder der Bande offensichtlich konfrontiert sehen. Um nicht missverstanden zu werden: Es geht nicht darum, dass man nun unbedingt aus der Geschichte irgendwelche Lehren zu ziehen habe. Aber die Quellen nach dem >Warum< zu befragen, nach den gesellschaftlichen Bedingungen und dem Menschenbild jener, die Frauen als Hexen verbrennen, foltern und grausamste Hinrichtungsformen exekutieren, wäre doch wohl das Interesse "geschichtsbewusster Leser".

Blazek hat auf der Basis seiner Recherchen im März 2006 eine Projektwoche zum Thema "Hinrichtungen in Celle" am KAV-Gymnasium geleitet. Als Ergebnis ist eine kleine Broschüre erschienen. Auch hier ist das Ergebnis problematisch. Die SchülerInnen gehen wie Blazek einzig den Fragen nach dem >Wie< und >Wo< nach. Die Befragung eines Urenkels des letzten Scharfrichters scheinbar hat mehr

Gewicht, als eine Erörterung der gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen "Hühnerdiebe" mit Folter und der Todesstrafe rechnen mussten. Eine Gruppe der SchülerInnen berichtet von einer "Spurensuche", in der sie Bewohner der Straße "Galgenberg" um deren Wissen nach der Bedeutung des Straßennamens befragen. Gewissermaßen als "running gag" des Berichts fungieren "Zweifel", inwieweit jemand tatsächlich noch "Erinnerungen" an die letzte, 1856 durchgeführte Hinrichtung haben könne. Es liegt ja alles so weit zurück. Dass aber noch ihre Großeltern Augenzeugen der tatsächlich letzten Hinrichtung im Landkreis Celle im November 1942, nämlich jener eines 18-jährigen polnischen Zwangsarbeiters wegen seiner "unerlaubten Beziehung zu einer deutschen Frau" in Höfer, ist weder bei Blazek noch in der Projektbroschüre ein Thema.

Am Schülerprojekt wird so auch deutlich, dass eine Beschäftigung mit Geschichte, die sich nicht für die gesellschaftlichen Bedingungen der behandelten Phänomene interessiert, zu kaum mehr führen kann als einem "bewusstlosen" Staunen.

Matthias Blazek: Hexenprozesse - Galgenberge - Hinrichtungen - Kriminaljustiz im Fürstentum Lüneburg und im Königreich Hannover. Stuttgart (ibidem-Verlag) 2006, 320 Seiten. 29,90 Euro.

Hinrichtungen in Celle. Projektwoche - Kaiserin-Auguste-Viktoria-Gymnasium 27.-31.03.2006 unter der Leitung von Matthias Blazek. Celle 2006. 44 S.; 1 Euro.



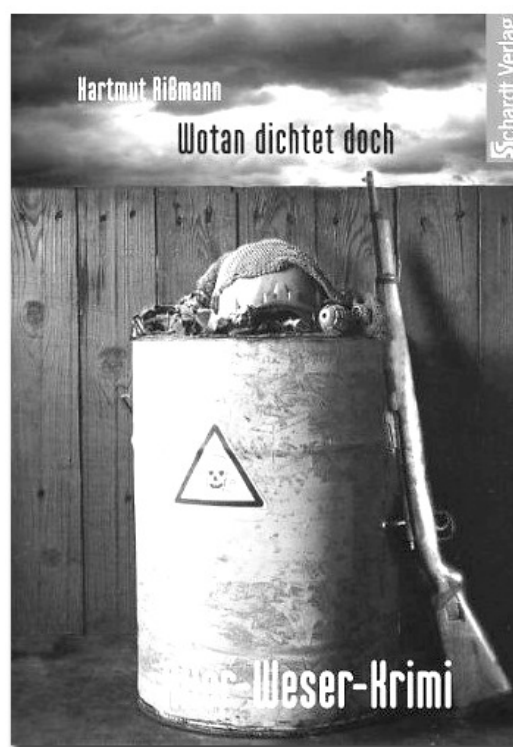
# Wotan dichtet doch

Regionalkrimis bauen auf jene LeserInnen, die Land und Leute zu kennen meinen, um die es geht. So auch die Aller-Weser-Krimis von Hartmut Reißmann, der mit "Wotan dichtet doch" jetzt den vierten Band dieser Reihe vorgelegt hat. Der Hermannsbürger Autor bedient sich dabei nicht nur >realer< Orte, sondern bindet in den Krimi auch >reale< Ereignisse ein. Der Plot etwa nimmt seinen Ausgang bei jenem Eisenbahnunglück in Celle, bei dem im Jahr 1980 chlorierte Kohlenwasserstoffe freigesetzt wurden - was aber niemanden wirklich zu interessieren schien, bis vor zwei Jahren die Anwohner in der Neustadt erfahren mussten, dass sich unter ihren Grundstücken krebserregende Gifte im Boden befinden. Die Gefahren der chemischer Kampfstoffe und ein eher laxer Umgang der Bundeswehr mit diesem Risiko bilden auch den Bodensatz der Story, die sich um irritierende Morde an einigen Jungen dreht. Die vielen Schauplätze, die Reißmann einbezieht, und ein am Ende kaum noch übersehbares Personal an Ermittlern und Verdächtigen, lassen die Leser zwar bis zum Schluss im Ungewissen - stiften aber teilweise mehr Verwirrung, als dem Krimi gut tut. So liegt eine Schwäche schon darin, dass sich neben dem gelegentlich auftauchenden Ich-Erzähler und einem geisteskranken CDU-Politiker eigentlich keine wirklichen Protagonisten herauschälen, denen man über die Schulter schauen könnte oder bei denen ein Blick in ihr Inneres gewährt würde. Die Unterhaltung dürfte sich deshalb für ältere LeserInnen wohl in erster Linie daraus ergeben, an vergangene Ereignisse erinnert zu werden - denn der Krimi bleibt im Jahr 1980, eine inzwischen fast ferne Vergangenheit, in der ein heutiger Ex-Kanzler aus Hannover noch Juso-Vorsitzender war. Amüsant ist dabei auch die Verschränkung von >Dichtung und Wahrheit<. Und so bleibt bei mir vor allem eine Frage: Hat Cat Stevens tatsächlich am 3. Mai 1980 am späten Samstagvormittag auf dem großen Plan neben dem

Eingang der Bäckerei Rönitz als unerkannter Straßenmusiker "Where do the children play" gespielt?

RR.

Rissmann, Hartmut: Wotan dichtet doch. Aller-Weser-Krimi. Schardt Verlag Oldenburg 2005. ISBN 3-89841-216-4. 232 Seiten. 11,80 Euro.



## Buchvorstellung zum Abschluß des 1. Stipendiums der RWLE Möllerstiftung

"Etwas besseres als den Tod" so nennt der albanische Lyriker Bekim Morina, gebürtig aus Prizren (Kosovo) seinen 3. Gedichtband, der zweisprachig im Revonnah Verlag (Hannover) Anfang September 2006 erschienen ist.

Morina ist der 1. Stipendiat der RWLE Möllerstiftung gewesen, die den Abschluß des Stipendiums mit der Herausgabe des Buches fördert und feiert.

Oskar Ansell und die ebenfalls in Berlin lebende Albanologin Oda Buchholz haben (zum Teil mit dem Autor gemeinsam) Morinas Verse ins Deutsche gebracht. Gedichte aus den vergangenen 12 Lebensjahren des Dichters, der seit sieben Jahren als Flüchtling in Deutschland lebt. Sein Weg

hierher führte ihn und seine Frau durch sieben Länder und fünf Gefängnisse. Seine Lyrik ist nicht nur als Dokument der Ereignisse zu lesen, sondern auch ein Beitrag zur aktuellen Lyrik im Kosovo seit 1999. Mit Morina kommt ein Mitte dreißigjähriger Kosovoalbaner zu Wort, der schon als Schüler mit 17 Jahren Gefängnis und Folter erlebt und durchlitten hat, der nicht mehr nach schönsten Metaphern und freirhythmischen Zeilen sucht, weil er erstmal so etwas wie Trauerarbeit leisten muss.

Das ist ihm mit zum Teil bitteren Humor gelungen. Der Autor wird zusammen mit Oskar Ansell am 13. Oktober um 20 Uhr in Kunst & Bühne (Celle) sein Buch vorstellen.

# Termine im Kino achteinhalb:



**Kino achteinhalb, Gelände der CD-Kaserne neben dem Bunten Haus, Hannoversche Str. 30, Celle**  
**Wenn nichts anderes erwähnt wird, immer freitags, Beginn: 20.30 Uhr**  
**Eintritt: 4,50 EUR**

## **22. und 23. September; Elsa & Fred**

Länge: 108 Minuten

Spanisch mit deutschen Untertiteln

Senioren-Komödie: Auch im reifen Seniorenalter darf man noch Träume haben. Krankheit und fehlende Partner können ein solches Vorhaben jedoch erschweren. Doch nichts ist unmöglich, erst recht nicht, wenn eine Liebe im Alter für den nötigen Rückenwind sorgt. Marcos Carnevals huldigt die kleinen Zipperlein und Marotten des Alters mit einem liebevollen Blick.

## **29. und 30. September; Der Schläfer**

Kinostart: 11. Mai 2006

Länge: 105 Minuten

In ruhigen, unspektakulären Bildern erzählt "Schläfer" von zwei jungen Wissenschaftlern, von denen der eine den anderen im Auftrag des Verfassungsschutzes bespitzelt. Heisenbergs Film interessiert sich dabei für den schmalen Grat zwischen Zuneigung und Misstrauen und was die Legitimation solchen Verhaltens moralisch und seelisch mit seinen Protagonisten anstellt. Sein langsamer Erzählstil veranlasste die französische Filmkritik, "Schläfer" der neuen "vague allemande" zuzurechnen.

## **6. und 7. Oktober; Die Zeit, die bleibt**

Länge: 86 Minuten

im Rahmen der Celler Hospiz Woche

Der erfolgreiche Modedesigner Romain erfährt, dass er unheilbar an Krebs erkrankt ist und nur noch wenige Wochen zu leben hat. In einem aufrichtigen und poetischen Porträt zeichnet François Ozon die seelischen und körperlichen Veränderungen nach, die Romain in der Zeit, die ihm noch bleibt, durchläuft.

## **13. Oktober; Du hast gesagt, dass du mich liebst**

Länge: 117 Minuten

Liebesfilm: Fernab der schnelllebigen Filmszene dreht Rudolf Thome oftmals unverstanden von Kritik und Kinopublikum kontinuierlich Filme, die arm an Budget, aber reich an Improvisation und Überraschung sind. Wie kaum ein andere deutscher Regisseur beherrscht Thome die Kunst der Andeutung, der Zwischentöne und der unpräzisen Bildsprache. Auch in seinem neuesten Werk "Du hast gesagt, dass Du mich liebst" stellt der Regisseur sein wunderbares Gespür für die Poesie des Augenblicks unter Beweis.

## **20. Oktober; Breakfast on Pluto**

Länge: 135 Minuten

Komödie in den 1970er: Zu den Publikumslieblingen der Berlinale gehörte in diesem Jahr "Breakfast on Pluto", das neueste Werk des irischen Erfolgsregisseurs Neil Jordan. Erzählt wird das fiktive Leben des jungen irischen Transvestiten Patrick "Kitten" Braden. Als Findelkind ausgesetzt und bei Pflegeeltern aufgewachsen, begibt sich der rebellische Kitten in den frühen 70-er Jahren auf die Suche nach seiner verschwundenen Mutter. In 36 emotionalen Kapiteln folgt Jordan dem Leben Kittens und spart dabei weder mit zahlreichen musikalischen Reminiszenzen an die 70-er noch mit Anspielungen auf die politischen und gesellschaftlichen Konflikte dieser Zeit. Ein perfekter Mix zwischen Anspruch und Unterhaltung mit brillanten Darstellern, allen voran Cillian Murphy als Kitten.

[http://de.wikipedia.org/wiki/Breakfast\\_on\\_Pluto](http://de.wikipedia.org/wiki/Breakfast_on_Pluto)



## **27. Oktober; The Piano Tuner of Earthquakes**

Länge: 99 Minuten

Am Vorabend ihrer Hochzeit wird die Opernsängerin Malvina auf mysteriöse Weise von Dr. Emmanuel Droz, der sie besessen liebt, getötet. Droz, ein "Gehirndoktor" und Erfinder, der das Geheimnis der Wiederbelebung entschlüsselt hat, entführt den leblosen Körper, noch bevor irgendjemand, am wenigsten ihr Verlobter Adolfo Blin, reagieren kann. Auf seinem abgechiedenen Anwesen, der Villa Azucena, erweckt Droz Malvina erneut zum Leben, nur um sie in einem Zustand der entrückten Leblosgigkeit zu halten. Nacht für Nacht studiert er mit ihr eine von ihm erfundene Oper ein.

## **3. und 4. November und am 5. November um 17.00 Uhr Der Hals der Giraffe**

Länge: 87 Minuten

Komödie/Melodram/Roadmovie - entwaffnende Kraft kindlicher Wahrheitssuche

Safy Nebbou's Debütfilm erzählt von einem 30 Jahre alten Familiengeheimnis, das nun gelüftet werden muss: Großvater und Enkelin begeben sich dafür auf die Reise von Paris an die Atlantikküste. Ein warmherziges Roadmovie, das, zwischen Komödie und Melodram angesiedelt, voll und ganz begeistert und die Bedeutung der Institution Familie auf den Grund geht.

## **10. und 11. November; We feed the world**

Länge: 96 Minuten

Dokumentarfilm; mit: Jean Ziegler (UN-Sonderberichterstatter für das Menschenrecht auf Nahrung), Karl Otrok (Produktionsleiter eines Saatgutherstellers), Peter Brabeck (Konzernchef Nestlé International), Hannes Schulz (Geflügelzüchter)

Dokumentarfilm, der die Abgründe industrialisierter Nahrungsmittelproduktion ausleuchtet und die Folgen ihrer weltweiten Vernetzung thematisiert.

## TERMINE

### Sa. 23.09.2006, 15-19 Uhr

Kleines interkulturelles Hoffest mit Infos & Leckereien, Filmen & Musik

Veranst.: Arbeitskreis Ausländer Celle  
Urbanus-Rhegius-Haus, Fritzenwiese 9

### Di. 26.09.2006, 15:00 Uhr

Weg mit dem Gutscheinsystem!

Pressekonferenz

Veranst.: Rick's Café

Buntes Haus, Celle,  
Hannoversche Str. 30f

### Mi. 27.09.2006, 19:00 Uhr

"Härte mit System?"

Flüchtlinge fordern eine

Bleiberechtsregelung

Film und Vortrag

Veranst.: Rick's Café

Buntes Haus, Celle,  
Hannoversche Str. 30f

### Fr. 29.09. und Sa. 30.09.2006, 20:30 Uhr

"Schläfer" - Spielfilm (D 2005)

in Kooperation mit dem AK Ausländer (Eintritt: 4,50 )

Veranst.: Kino Achteinhalb  
Celle, Hannoversche Str. 30f

### Fr. 29.09.2006, 19:00 Uhr

Von Swing bis Jazzrock

Session der Neuen JazzInitiative Celle e.V.

Eintritt frei!

Kunst & Bühne, Celle, Nordwall

### Sa. 30.09.2006, 20:00 Uhr

Herr Halb Huber "Nu grade"

Lene Voigt hat in den 20er/ 30er Jahren Satire vom Feinsten geschrieben, die jetzt vom Exil-Sachsen Halb Huber als tragisch-komisches Bühnenprogramm zu Herzen und zum Lachmuskel gehen.  
Kunst & Bühne, Celle, Nordwall

### Sa. 30.09.2006, 22:00 Uhr

Powa Stepz presents: Agents of da Undaground

Drum'n'Bass und Breakbeat -

Mainfloor: DJ L.O.G., DJ ROCK, DJ

Kone, DJ Ruffian, Mazisin, Chicko

firing MCs: MC B.F.M. & MC Danny

Dee; Breakbeat: Ki-Chi Go, DJ

Highnaz, King Digga, Arthur, M'N'A

Eintritt: 4 Euro

Buntes Haus, Celle,  
Hannoversche Str. 30f

### Sa. 30.09.2006, 19:00 Uhr

Rock Da Haus - Benefizkonzert mit:

Minerva (19.00), Mr. Fies (19.40),  
Salter (20.30), Krawallec (21.20), Muff  
(22.10), Promises! Promises! (23.00),  
Rasheed (23.50), Mindwise (0.40),  
Burning Eden (1.30)

Eintritt: 5,70 Euro im VVK, 7 Euro  
Abendkasse

<http://www.rock-da-haus.de/>

CD-Kaserne, Celle,

Hannoversche Str. 30

### Fr. 13.10.2006, 20:00 Uhr

"Etwas Besseres als den Tod"

Buchvorstellung Bekim Morina

Kunst & Bühne, Celle, Nordwall

### Do. 19.10.2006, 19:00 Uhr

Lesung anlässlich des 100.

Geburtstages von Hannah Arendt am

14. Oktober; mit Thomas Held, Bernd

M. Kraske und Eva M. Kraske

Bomann-Museum, Celle, Schloßplatz

### Fr. 20.10.2006, 21:00 Uhr

Konzert mit "Commandantes" aus

Hamburg. Die Punkband mit den

Arbeiterliedern bringt im Oktober ihre

dritte CD heraus und wird noch vor der

offiziellen Release-Party in Göttingen

die ersten Stücke daraus im Bunten

Haus spielen.

Buntes Haus, Celle,

Hannoversche Str. 30f

### Do. 26.10.2006, 21:00 Uhr

Konzert mit der schottischen Punkband

"OiPolloi" und als Vorbands: Puris Ani,

Trash Society und Alarmsignal.

Buntes Haus, Celle,

Hannoversche Str. 30f

### Di. 31.10.2006, 19:30 Uhr

Grundeinkommen und Mindestlohn -

Aspekte einer Debatte

Referent: Dirk Hauer (Hamburg)

In den Gewerkschaften,

Wirtschaftsverbänden, den Parteien und

anderen gesellschaftlichen Gruppen

polarisiert sich die Debatte über

Modelle von Grundeinkommen und

Mindestlohn. Dirk Hauer skizziert die Auseinandersetzung aus der Sicht der bewegungsorientierten Linken.

Die Veranstaltung führen wir in

Kooperation mit dem Rosa-

Luxemburg-Club Celle durch.

Buntes Haus, Celle,

Hannoversche Str. 30f

### Fr. 03.11.2006, 10:00 Uhr

Neuerscheinungen auf dem

Büchermarkt - Referentin: Renate

Sternkopf, Buchhändlerin,

Gebühr: 3 Euro

Familienbildungsstätte,

Celle, Fritzenwiese.

### Mi. 08.11.2006, 10:00 Uhr

Manfred Herzfeld und sein "Gruß an

Deutschland" - Referent: Reinhard

Rohde. Seit 1921 war Dr. Manfred

Herzfeld als Rechtsanwalt in Celle

tätig. Der Nationalsozialismus beraubte

ihn als Juden seiner Existenzbasis, er

emigrierte 1936 nach Palästina. Um

seine Lebensgeschichte und die

Verarbeitung seiner Erfahrungen soll es in dem Vortrag gehen.

Gebühr: 5 Euro

Familienbildungsstätte,

Celle, Fritzenwiese.

### Do. 09.11.2006, 16:00 Uhr

Zur Erinnerung an das

Novemberpogrom vom 9.11.1938, die

sogenannte "Reichskristallnacht", findet

einen Stadtrundgang zur Geschichte

Celles im Nationalsozialismus statt.

Veranstalter Archiv für Neue Soziale

Bewegungen.

Eintritt: frei

Beginn: Synagoge,

Im Kreise 24

### Mi. 29.11.2006, 10:00 Uhr

Zurück zur Tauschgesellschaft? -

Referentin Cornelia Döllermann-

Nölting. Innovation aus der

Vergangenheit? Ohne Geld werden

unterschiedliche Leistungen und

Produkte aller Art getauscht. Sie erfah-

ren auch, wie der Celler Tauschring

funktioniert, den es seit 1995 gibt.

Gebühr: 5 Euro

Familienbildungsstätte,

Celle, Fritzenwiese.

## TERMINE

### Antifa-Solipaty

Mo, 02.10.2006, 21:00 Uhr

**\*hiphop\*reggae\*ska\*drum'n'base\***

Die Plattenspieler werden bedient von:

Score (hiphop), Scarpian(reggae), Trouble(ska), Katzenmann(ska), Electroe Bredefeld(drum'n'bass).

Zusätzlich gibt's noch ne ChillOut Area für die Tanzfaulen...

Beginn: 21:00, Eintritt: 3Euros

Aufgrund zunehmender faschistischer Tendenzen in der Gesellschaft und im Besonderen in Celle, wird antifaschistischer Widerstand und Arbeit immer wichtiger. Die praktische Solidarisierung mit anderen antifaschistischen Gruppen ist dabei unentbehrlich, denn gemeinsam können wir den Faschisten entschlossener und kraftvoller entgegentreten. So haben wir neben unseren Antifaaktivitäten vor Ort unter anderem an kostenintensiven Gegenaktionen zum Rudolph-Hess-Gedenkmarsch in Wunsiedel teilgenommen, der jedes Jahr mit Nazis aus ganz Europa der größte Naziaufmarsch in Deutschland ist. Ebenfalls wurden die Antifastrukturen rund um Bad Nenndorf unterstützt, die mit erstarkten Nazistrukturen und mehren Aufmärschen zu kämpfen haben. In Hannover haben wir uns an Aktionen

gegen faschistische Burschenschaften, sowie an dem antimilitaristischen Bündnis gegen das Sommerbiwak der 1. Panzerdivision beteiligt. Dort werden alljährlich mit einem protzigen Ball die Morde der 1. Panzerdivision in aller Welt gefeiert. Um die dadurch entstandenen Kosten zu decken und antifaschistische Arbeit auch hier in Zukunft finanziell sichern zu können, kommt alle auf unsere Antifasoliparty und lasst uns gemeinsam feiern.

Party to support your local antifa!!!!

Buntes Haus, Celle, Hannoversche Str. 30f

### Ständige Termine:

#### Attac-Plenum

Jeden. 1. und 3. Do. im Monat  
19.30 Uhr in der Deutschen  
Angestellten Akademie,  
Spörckenstr. 63

### Ständige Termine:

#### Arbeitskreis "Eine Welt"

jeden Mi. 19.30 Uhr im Weltladen  
(Zöllnerstrasse 29)

#### Weltladen Öffnungszeiten:

Di - Fr: 10-17 Uhr

Sa: 10 -13 Uhr

#### AK Ausländer

jeden 3. Mo. im Monat  
18.00 Uhr Urbanus-Rhegius-  
Haus, Fritzenwiese

### Termine im Bunten Haus:

(CD-Kaserne  
hinten links Halle 12)  
Hannoversche Str 30f  
29221 Celle, Tel.: 907927

#### Fahrradwerkstatt:

jeden Mi. ab 19 Uhr

#### Antifa-Café:

jeden 1. Mi. im Monat, 19.00 Uhr

#### Archiv

jeden Do., 17-19 Uhr

#### KDV-Beratung

jeden Do., 17-19 Uhr

#### Erwerbslosenini Celle

Individuelle Hilfe bei Problemen  
mit dem ALG II  
jeden Do., 17-19 Uhr

#### Rick's Café

Café-Termin von und für  
MigrantInnen  
2. und 4. Di. im Monat 16 - 19 Uhr

#### Plenum

jeden Do. 19 Uhr

#### Volxküche

jeden So. 18 Uhr

#### Forum gegen Atomenergie

jeden 1. Di. im Monat, 20.00 Uhr

